



Die Renaissance des Nationalismus

Die AfD sitzt mit 94 Abgeordneten im neu gewählten Bundestag. Ihre Fraktion ist die drittgrößte im Parlament. Frauke Petry ist aus der Partei ausgetreten und Björn Höcke soll rehabilitiert werden. Höcke und seine Weggefährten wollen eine neue völkische Bewegung, so das Urteil von Helmut Kellershohns Redeanalyse in dieser Ausgabe. Weitere Themen sind die menschenrechtswidrige Flüchtlingspolitik der EU und die damit einhergehenden katastrophalen Zustände in libyschen Flüchtlingslagern.

Mit Blick auf die inzwischen praktizierten Gedenkstättenbesuche für Geflüchtete kommentiert Burak Yilmaz die Fallstricke einer Ethnisierung der Erinnerungskultur und plädiert für einen Perspektivwechsel: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Außerdem im DISS-Journal: Ein Stück Zeitgeschichte. Jobst Paul erinnert an Helmut Kohl und einen längst vergessenen Skandal.

Aus dem Inhalt

Anmerkungen zum neu-rechten Magazin CATO

Der „neue Führer“ spricht. Die Dresdener Rede Björn Höckes

Gedenkstättenfahrten als „Integrationshelfer“?

Schande über Dich Europa - Flüchtlinge im Mittelmeer

Die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft - detailliert rekonstruiert

Imperiale Lebensweise

Krise der kapitalistischen Produktionsweise

Amerikanische Literatur

Helmut Kohl und der Goebbels-Gorbatschow-Vergleich

Interkulturelle Weichspülung im Fach Englisch

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Rolf van Raden, Hans Uske, Maren Wenzel

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Der Kampf um die Intelligenz

Anmerkungen zum neurechten Magazin CATO

Von Helmut Kellershohn

Das neueste Produkt aus dem Hause Stein („Junge Freiheit“) liegt auf dem Tisch. Im September erschien erstmals die Zeitschrift CATO, die weiteren Ausgaben werden im zweimonatigen Rhythmus folgen. Das Projekt war schon lange angekündigt: Seit der Spaltung der Neuen Rechten, mit dem Austritt Karlheinz Weißmanns aus der Redaktion der Zeitschrift Sezession und seinem Abgang als wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Staatspolitik im April 2014, war es nur eine Frage der Zeit (und der Finanzierung), bis dieses neue Zeitschriftenprojekt auf den Markt kommen sollte. Man durfte gespannt sein, wie die Macher um Weißmann und ‚seinen‘ Chefredakteur Andreas Lombard ihr Produkt im politischen Wettstreit positionieren würden, vor allem im Hinblick auf die Sezession, aber auch zum wachsenden Segment konservativer bis rechtslibertärer Organe wie Tumult, Tichys Welt, Eigentümlich frei. Das erste Heft liegt nun vor und lädt zur Begutachtung ein.

CATO, Spengler und die Wiederkehr des Cäsarismus

Zunächst zum Titel: Die Zeitschrift nennt sich CATO. Prompt fühlt man sich an alte Schulstunden im Latein- oder Geschichtsunterricht erinnert, an die Punischen Kriege, an Cato den Älteren und dessen berühmten Ausspruch, dass Karthago zerstört werden müsse („Carthago delenda est“). Aber halt, der ist ja gar nicht gemeint. Es geht um Cato den Jüngeren, den prominenten Gegenspieler Cäsars. Über ihn lässt sich der belgische Althistoriker David Engels im einleitenden Artikel näher aus und macht deutlich, dass die Wahl dieses Namensgebers nicht zufällig erfolgt, sondern aktuellen Bezügen geschuldet ist. Auch das Titelbild legt dies nahe: Es zeigt andeutungsweise den Kopf der Cäsar-Statue, die Nicolas Coustou für den Gar-

ten von Schloss Versailles noch zu Lebzeiten Ludwigs XIV. schuf, nur treten an die Stelle der Gesichtszüge Cäsars die der Bundeskanzlerin. Frau Merkel also als der neue Cäsar? Und die Zeitschrift CATO als dem Geiste Catos des Jüngeren verpflichtet, indem sie die „cäsaristische Politik der Kanzlerin“ (A. Lombard) brandmarkt?



In der Tat: Die Zeitschrift bemüht Analogien, konstruiert „Parallelen zwischen dem Untergang der spätrömischen Republik und der EU auf“ (Lombard) und verdichtet diese (Lombard nennt Arbeitslosigkeit, Demokratieverlust, Werteverlust, technokratische Herrschaft) zu einem Konzept, das an Oswald Spengler und dessen Werk „Untergang des Abendlandes“ erinnert. In Spenglers Kulturkreislehre und Zyklentheorie, wonach Kulturen, unabhängig voneinander, nach ein und demselben Bauplan den Gesetzmäßigkeiten von Aufstieg und Verfall unterliegen, kündigt das Zeitalter des Cäsarismus das Ende der Verfallsperiode, die Spengler Zivilisation im Gegensatz zur Kultur nennt, an. Spengler sieht diese Endphase durchaus ambivalent: auf der einen Seite erobert der Cäsar gestützt auf die Massen den Staat und unterwirft

diesen seinem „schrankenlosen persönlichen Regiment“ (UdA, 1085). Auf der anderen (positiven) Seite sieht Spengler den Cäsar als Überwinder der plutokratischen Demokratie, der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals, das sich der Formen des Parlamentarismus bedient, um seine Interessen durchzusetzen: „Der Cäsarismus wächst auf dem Boden der Demokratie, aber seine Wurzeln reichen tief in die Untergründe des Blutes und der Tradition hinab. [...] Aber eben deshalb erhebt sich nun der Endkampf zwischen Demokratie und Cäsarismus, zwischen den führenden Mächten einer diktatorischen Geldwirtschaft und dem rein politischen Ordnungswillen der Cäsaren.“ (UdA, 1080)

Nun, auf den ersten Blick sieht man, wo der Vergleich Merkel-Cäsar hinkt bzw. das Konzept des Cäsarismus willkürlich auf die derzeitigen Verhältnisse übertragen wird. Weder steht Merkel für ein sich auf die Massen plebiszitär sich stützendes und zudem schrankenloses persönliches Regiment. Ihr fehlen die massenhafte Zustimmung und erst recht die Gewaltmittel, über die ein Cäsar verfügen muss, um sich durchzusetzen. Noch steht sie als erklärte Verfechterin einer „marktkonformen Demokratie“ im strikten Gegensatz zur Herrschaft des Geldes, die Spengler als Kennzeichen der Zivilisation (neben der Herrschaft des rationalistischen Geistes) markiert.

Die Willkür, mit der hier operiert wird, trifft natürlich umgekehrt auch auf die Stilisierung der Person Catos zu. Im Editorial stimmt Lombard ein Loblied auf Cato an, der bekanntlich nach seiner Niederlage den Freitod wählte: „Von der Gnade Cäsars [...] wollte Cato nicht abhängig sein, denn er fühlte sich unbedingt der Wahrheit verpflichtet. Und das wiederum

gefällt uns. Cato war in Europa seit je ein Sinnbild der Integrität und des Stolzes auf die Tradition, aus der Staat und Volk leben.“ Nun, die modernen Historiker sind da im Allgemeinen etwas nüchterner in der Beurteilung Catos. Seine vorbildliche Haltung, seine Verkörperung der altrömischen Tugenden werden zwar immer wieder betont, sein politischer Sachverstand und die Fähigkeit, den diktatorischen und monarchistischen Tendenzen der Zeit ein realistisches republikanisches Reformprogramm entgegenzusetzen jedoch vielfach infrage gestellt. Klassisch das Urteil von Theodor Mommsen, Cato, der im Senat die Interessen der Optimaten vertrat, sei der „Don Quixote der Aristokratie“ gewesen. Von dorthier erhält der Anspruch der neuen Zeitschrift, ein „Magazin für neue Sachlichkeit“ zu sein, eine pikante Note, einmal abgesehen davon, dass sich Maler wie Otto Dix oder George Grosz im Grab herumwälzen würden, erführen sie von dem Ansinnen neurechter Autoren, ihren Malstil zur Attributierung des Magazins heranzuziehen.

Weißmann: Der neue Realismus

Gleichwohl gehört die Berufung auf einen politischen Realismus, einen konservativen Realismus zumal, zum Grundanliegen der Zeitschrift, das zu begründen, dem spiritus rector der Zeitschrift, Karlheinz Weißmann, vorbehalten ist. Als er sich 2014 im Streit von der Sezession, die er jahrelang als ständiger Autor geprägt hatte, verabschiedete, tat er dies mit einem Artikel über den „neuen Realismus“. In CATO folgt nun sein programmatischer Artikel „Brexit in das Reale“. Gemäß Titel beginnt er mit einem Blick auf die englischen Verhältnisse, der beansprucht, die konservative Blattlinie zu exemplifizieren. Das Panaroma, mit dem er den Artikel eröffnet, erinnert wiederum an Spengler, insofern er die physiognomische Grundlage des Brexit im Kontrast zwischen der Megalopolis London und der englischen Provinz sieht und diesen mit dem Gegensatz zwischen ignoranter Elite, die die „Normalität des Lebens“ missachte, und den „Interessen der sprachlosen Mehrheit“ der autochthonen Bevölkerung in der Provinz assoziiert. Der erste Teil des Artikels ist

der Herleitung dieser Verknüpfung gewidmet, der zweite wendet sich speziell der populistischen Konstellation zu und analysiert deren Grenzen

Die populistische Konstellation

Die Beschreibung der Stadt, untermalt mit einem Bild der Skyline von London, arbeitet gezielt mit negativen Konnotationen: „Die Silhouette der Stadt bestimmen himmelhohe Häuser, gesichtslos...“; die „Straßen ersticken im Verkehr, der sich Tag und Nacht über den Asphalt quält...“; die überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel transportieren „Hunderttausende von einem Ende ans andere [...], meist im Untergrund, dicht gedrängt, aus allen Poren dampfend, schläfrig, isoliert, apathisch vor sich hinstarrend“; in den Straßen ein ohrenbetäubender „Lärm, der von den Massen ausgeht“; die permanente Unruhe wird „optisch verstärkt“ durch „Reklametafeln..., schreiende Werbung überall, und wie die Posten konkurrierender Besatzungsmächte stehen die Niederlassungen diverser Fast-Food-Ketten an den Straßenecken“; „Nicht nur wenn *Gay Pride* befohlen ist, ziehen grell geschminkte Männer in Rock oder Kleid durch die Stadt“; „Natürlich gibt es noch den Mann im Geschäftsanzug und die Dame im Kostüm und den irgendwie durchschnittlichen Engländer, die englisch sprechen, aber die Menge der Idiome, die an das Ohr dringen, hat damit nichts zu tun“; „und in der Schulklasse, die das Imperial War Museum besucht, findet sich kein weißes Gesicht; der letzte Europäer ist der Lehrer, der die fröhlich schwatzende Schar zu bändigen versucht“.

Soweit also das Bild, das Weißmann von London zeichnet, das Bild einer gesichtslosen Stadt, mit chaotischem Verkehr, mal apathischen, mal lärmenden Massen, schreiender Reklame, aufdringlichen Schwulen und übermächtiger Multikulturalität. Kurz, es ist ein Bild der Dekadenz, das Weißmann nun benutzt, um vor diesem Hintergrund die Provinz kontrastreich ins rechte Licht zu rücken.

Nun, die Provinz ist ein Ort der Ungleichzeitigkeit und der Weite des Raumes, das Leben vollzieht sich in „gemächlichen“ Bahnen, „britishness, im Guten wie im

Schlechten“ bestimmt die Atmosphäre, auch wenn man, „mancherorts häufiger“, auf das Georgskreuz trifft. „Hier gibt es noch den grobschlächtigen Arbeiter, dem man die Pints ansieht, die er in seinem Leben getrunken hat, die Hausfrau, die im Kittelkleid einkaufen geht, der Landwirt, der im verbeulten Rover fährt...“; „Beim Evensong in der Kathedrale sitzt [...] ein Herr im Anzug, dessen Gesichtszüge vermuten lassen, daß seine Vorfahren einst mit Wilhelm dem Eroberer ins Land kamen.“

Es scheint also, folgt man Weißmann, die Zeit stehen geblieben zu sein: es dominieren die Ordnungselemente des Britisch- und Christlichseins, der traditionellen Geschlechterverhältnisse und nicht zuletzt der Klassenunterschiede, die sich „nach wie vor in Kleidung und Benehmen“ widerspiegeln. „Mit Sicherheit“, so schlussfolgert Weißmann, „gibt es hier viele, die für den Brexit gestimmt haben.“ „Bei ihnen zündete die Parole ‚Wie want our country back‘ als eine Art Wutschrei, gespeist aus dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber der politischen Klasse in London, aber vor allem aus dem Gefühl der Entfremdung von dem, was man als das Eigene betrachtet“, das nun aber in einem schleichenden Prozess verloren zu gehen droht. Die Kehrseite der Entfremdung, so Weißmann weiter, ist eine nostalgische Stimmungslage, die sich beispielsweise in den Reenactment-Festivals (Nachspielen von Weltkriegssituationen) niederschlägt, die Weißmann als rudimentäre Ausdrucksweisen des Politischen verstanden wissen will: „Es handelt sich um [die] Sehnsucht [nach der] ‚guten alten Zeit‘, in der das Leben zwar hart war, ‚wir‘ aber noch zusammengehalten haben; und mit diesem ‚Wir‘ waren selbstverständlich die Briten gemeint.“

Organische Intelligenz

Die mangelnde Repräsentanz dieser Stimmungslagen der sog. „schweigenden Mehrheit“ ist für Weißmann der Ausgangspunkt für die Entstehung populistischer Bewegungen, nicht nur in England, sondern in ganz Europa. „Der Aufstieg der Ukip und das Votum für den Brexit zeigten, wenn sonst nichts, dass man gegen den

Willen des Establishments und gegen ein verkrustetes System die Stimme des einfachen Mannes zur Geltung bringen kann.“ Weißmann nimmt das propagandistisch vermittelte Selbstbild des Rechtspopulismus für bare Münze, hinterfragt es nicht. Sein Problem ist ein anderes: nämlich dass der Aufstieg populistischer Bewegungen keineswegs linear erfolgt, sondern Erfolg und Krisen zum Erscheinungsbild des Populismus gehören, wie Weißmann u.a. am Beispiel der AfD aufzeigt. „Immer bestand das Problem darin, dass Protest so wenig genügt wie die Anpassung an die herrschenden Gepflogenheiten. Nur ausnahmsweise gab es ein Bewusstsein in den Reihen der Führung, ganz zu schweigen von der Basis, dass es nicht genügt, Wahlerfolge zu verzeichnen, sondern dass auch um Begriffe und Vorstellungen gekämpft werden muß.“

Damit ist Weißmann bei einem seiner Lieblingsthemen, der Rolle der Intelligenz. Es gäbe ein ausgesprochenes „Abgrenzungsbedürfnis der Intelligenz gegenüber den vielen, dem Herrn Jedermann“ was umgekehrt dessen Argwohn nähre, „dass von Intellektuellen nichts oder jedenfalls nichts Gutes zu erwarten sei“. Diese „wechselseitige Aversion“ müsse überwunden werden, um den Defiziten des Populismus beizukommen. Es gelte, den „von unten kommenden Strömungen nicht nur Gehör, sondern auch Ausdruck zu verschaffen“. Weißmann verweist diesbezüglich auf Antonio Gramsci und dessen Theorie des „organischen Intelligenz“. Dies stehe im „Gegensatz zu einer freischwebenden [Intelligenz], die nur an sich selbst sowie an den geistigen und persönlichen Scharmützeln interessiert“ sei. Um die „bestehenden Verhältnisse in Frage stellen“ zu können, reiche es eben nicht aus, wählen oder „auf die Straße zu gehen“. Letzteres kann man durchaus als Kritik am Konzept des Instituts für Staatspolitik und der Identitären Bewegung lesen. Der Aufbau einer organischen Intelligenz sei notwendig, um erstens „Gegenvorstellungen und Gegenbegriffe zu den herrschenden Vorstellungen und Begriffen“ zu entwickeln; und zweitens, um diese auch an die Adressaten zu „transportieren“. Dazu bedürfe es einer „argumentative[n] Basis“

und einer entsprechenden „Ausformulierung“ der Ideen.

Weißmann verweist auf die Schwierigkeiten dieses Unterfangens. „Denn daß der Geist links steht, ist eine Binsenweisheit.“ Seit der Aufklärung habe es ein Bündnis der „progressiven Kräfte“ mit den Mächten des Fortschritts in Gesellschaft und Wissenschaft gegeben. Und „die These, dass eine andere Welt möglich sei, in der man selbst eine entscheidende Rolle spielen werde – wenn auch vielleicht nicht als Philosophenkönig – und die auf der Basis rationaler Erkenntnis umgeschaffen werden könne“, übe wie eh und je eine „erhebliche Faszination“ aus. Weißmann lehnt dies als „Traumtänzerei“ und „Wirklichkeitsverweigerung“ ab. Zum Glück aber habe es immer wieder „realistische[] Kehren“ gegeben. Und am Beispiel Rüdiger Safranskis glaubt Weißmann zeigen zu können, dass selbst ehemalige (linke) Traumtänzer die „Konversion zur Wirklichkeit“ schaffen können.

Die Rückkehr zur Normalität

Die Emphase, mit der Weißmann von „Wirklichkeit“ spricht, steht in keinem Verhältnis zur geistigen Dürre seiner weiteren Ausführungen. Wirklichkeit, das sei nichts anderes als die „Übereinkunft über die normative Geltung der Normalität“ als „Basis des Zusammenlebens“ der Menschen. Wirklichkeit also als ein Set von Gewohnheiten, auf die sich die Menschen geeinigt haben, dass sie für sie und ihr Handeln Geltung beanspruchen können. Unausgesprochen kommt hier die Gehlensche Anthropologie und Institutionenlehre ins Spiel. Wenn sich nämlich die Menschen permanent über die Regeln ihres Handelns einigen müssten, wäre dies eine gravierende Überforderung. Deshalb, so Gehlen, bedarf es institutionell abgesicherter Regelungen. In Institutionen werden auf der einen Seite „die Zwecke des Lebens gemeinsam angefasst und betrieben, auf der anderen orientieren sich die Menschen zu genauen und abgestimmten Gefühlen und Handlungen, mit dem unschätzbaren Gewinn einer Stabilisierung auch des Innenlebens, so dass sie nicht bei jeder Gelegenheit sich affektiv verwi-

ckeln oder sich Grundsatzentscheidungen abzwängen müssen.“ (MH S. 97) Das ist die berühmte Entlastungsfunktion der Institutionen für den Menschen „als ein seiner Natur riskiertes und unstabiles, affektüberlastetes Wesen“ (ebd.). Wenn Weißmann also von der „wohltuenden Fraglosigkeit“ der Normalität spricht und damit Gehlen zitiert, so ist damit immer schon eine institutionenvermittelte Normalität gemeint.

Diese Normalität aber, so Weißmann, ist heute in Gefahr. Zum einen objektiv durch die Auswirkungen des beschleunigten technischen ‚Fortschritts‘, durch die „Möglichkeit, alle denkbaren Alternativen kennenzulernen, Waren und Dienstleistungen aus jeder Weltecke zu beziehen“; zum anderen würden diese Tendenzen in ihrer Wirkung verstärkt durch die „künstliche[] Verunsicherung der Menschen“. Was bei Gehlen paradigmatisch mit dem Werk der Aufklärung in Verbindung gebracht wird (MH S. 102), klingt bei Weißmann eher nebulös so: „Gezielte Einflussnahmen sollen Irritation bewirken, Zweifel an dem züchten, was Normalität ausmacht.“ Das riecht nach Verschwörung und gerät dann in der Aufzählung der Zweifel leicht ins Ironische, so als ob sich eine nähere Beschäftigung damit nicht lohnen würde: „Herkunft ist unerheblich, heißt es, Heimat hat nichts mit dem Raum zu tun, in dem wir leben, Biologie spielt keine Rolle, das Geschlecht ist nur eine soziale Konstruktion, Männer können Männer heiraten, Familie ist da, wo alle aus einem Kühlschrank essen, der Nationalstaat hat sich überlebt, bunt ist besser, das Abendland gibt es gar nicht, Europa verdankt dem Islam, der Aufklärung, dem Westen alles, die Weltgemeinschaft ist empört über dieses und jenes.“

Gegen diese Denormalisierungen spannt ein geradezu anrührendes Lob der „sogenannten einfachen Leute[]“ gewissermaßen den Bogen wieder zurück zu den Ausführungen über die Provinz. Weißmann glaubt in den alltäglichen Gewohnheiten dieser seltsamen Wesen, in deren Handeln und Bewusstsein, eine unreflektierte Sicherheit und Selbstverständlichkeit zu erkennen, die aber bei näherem Hinsehen auf eins verweisen, nämlich auf „ein spontanes, gleichwohl aus Erfahrung und

„CATO ist nicht für die einfachen Leute gedacht, sondern soll, folgt man Weißmann, dem ‚Aufbau‘ der organischen Intelligenz dienen. Während die Aufgabe der Jungen Freiheit darin besteht, mehr tagespolitisch orientiert ein breiteres Publikum („konservativ-freiheitliches Widerlager“ nennt das Dieter Stein) anzusprechen und darüber sich zu einer ‚führenden meinungsbildenden, überregionalen Wochenzeitung‘ zu entwickeln, ‚die nicht mehr zu überhören ist‘ (Beilage zur JF 41/2017), adressiert CATO gezielt auf bildungsbürgerliche Kreise.“

Überlieferung gespeistes Wissen um die *conditio humana*: Keiner kann nur tun, was er will, und die Bäume wachsen nicht in den Himmel.“ Die Quintessenz dieser Weisheiten nennt Weißmann „genuin konservativ“, weil dem entsprechend, was Weißmann unter Realismus verstanden wissen möchte. Da aber die einfachen Leute diese Weisheiten nicht artikulieren oder nicht artikulieren können und die Kluft zur politischen Klasse immer größer wird, bedarf es der organischen Intelligenz, die „für die sprechen muß, die darin nicht geübt sind“.

Nun ist die Kategorie der „einfachen Leute“ aus der Sicht Gramscis eine Nonsens-Kategorie und erinnert eher an die romantische Überhöhung der Volkspoesie; und auch die paternalistische Ideologie des stellvertretenden Sprechens wäre Gramsci fremd. Worauf Weißmann hinaus will, ist, sein an Pareto und Gaetano Mosca geschultes Eliteverständnis populistisch zu unterbauen. Das, was diese Elite will, ist nichts anderes, als das, was das „einfache Volk“, wenn auch mehr oder weniger unbewusst, immer schon vermeintlich will, nämlich die Erhaltung der Normalität. Aber was das ist, das muss ihm gesagt werden.

CATO – ein Projekt für die ‚Führungs-offiziere‘ des Bildungsbürgertums

CATO ist nicht für die einfachen Leute gedacht, sondern soll, folgt man Weißmann, dem „Aufbau“ der organischen Intelligenz dienen. Während die Aufgabe der Jungen

Freiheit darin besteht, mehr tagespolitisch orientiert ein breiteres Publikum („konservativ-freiheitliches Widerlager“ nennt das Dieter Stein) anzusprechen und darüber sich zu einer „führenden meinungsbildenden, überregionalen Wochenzeitung“ zu entwickeln, „die nicht mehr zu überhören ist“ (Beilage zur JF 41/2017), adressiert CATO gezielt auf bildungsbürgerliche Kreise, die, um das etwas salopp auszudrücken, mit dem Namen „Cato“ noch etwas anfangen können, weil sie über entsprechende Wissensbestände verfügen. Weißmanns Chefredakteur Andreas Lombard hat dies in einem Interview auf die Frage, warum man nicht ein „volksnahes Magazin auf den Markt“ bringen wolle, so ausgedrückt: „Ich kann doch eine sinnvolle politische Ausrichtung auch dann vertreten, wenn ich mich an eine Elite richte. Es ist sogar konsequent. Denn wenn ich einen Umdenkungsprozess in Gang setzen möchte, muss ich mich an die Schicht wenden, in der die Diskurse stattfinden. Dort habe ich die größten Möglichkeiten, für ein Umsteuern zu werben.“ Das sei die Aufgabe dieses „metapolitische[n] Magazin[s]“.

CATO richtet sich demnach, um ein militärisches Bild zu gebrauchen, an die Führungsoffiziere des Bildungsbürgertum, die an den Stellschrauben der Diskursproduktion sitzen, in den Medien und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen (Kirchen, Wissenschaft, Bildungsbereich, Kunst etc.).

Weißmann hat in den letzten Jahren politische Positionen gewechselt. Während

Dieter Stein und die Junge Freiheit immer schon, zumindest seit dem Umbruch 1994/95 auf eine realpolitisch motivierte, gradualistische Strategie der kleinen Schritte baute und in diesem Zusammenhang auf die Selbstverortung als „Neue Rechte“ verzichtete, weil der Begriff durch Politik, Medien und Verfassungsschutz negativ besetzt sei, und stattdessen die Etikettierung der Zeitschrift als konservativ, christlich, freiheitlich und national präferierte, betonte Weißmann noch 2009:

„Wer glaubt, dass er die [Machtverhältnisse – H.K.] durch die Anpassung an Sprachregelungen verändern kann, versuche sein Glück. Meine Prognose lautet, dass ihn Machtverhältnisse verändern werden. Eine prinzipielle Gegenposition – also eine, die Prinzipien vertritt – muß als solche kenntlich und unter den gegebenen Umständen die Position einer Minderheit sein. Gehlen hat einmal davon gesprochen, dass in aussichtslos erscheinender Lage nichts so überzeugend wirkt wie das überzeugende Beispiel, Integrität eben.“

Weißmann verteidigte den Begriff Neue Rechte, die er als Kern einer geistigen Gegenelite verstand, die in der Lage sein sollte, in einer Situation der ‚großen‘ Krise Führungsposition in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Zur Begründung führt er an: „Es geht um Einsicht, wirkliche Einsicht haben nur wenige. Das kann nur eine Elite betreffen, es ist absurd zu behaupten, dass plötzlich Millionen von Menschen die tatsächlichen Zusammenhänge begreifen.“ Und in einem anderen Zusammenhang heißt: „Es müssen sich, um eine Formel Enzensberger zu benutzen, historische Minderheiten bilden, die notfalls gegen erdrückende Mehrheiten ihre Position behaupten und wenn der Fall eintritt, handlungsbereit sind.“

Der „neue Führer“ spricht

Anmerkungen zur Dresdner Rede Björn Höckes

Von Helmut Kellershohn

Zu Beginn eine Erinnerung an den 8. Mai 1985: Der Bundestag war zu einer Gedenkveranstaltung zusammengekommen an diesem vierzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation 1945. Die Rede zu diesem Epocheneinschnitt hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Es war zweifellos seine bedeutendste Rede. Der damalige israelische Botschafter Jitzak Ben-Ari sprach von einer „Sternstunde in der Geschichte der Bundesrepublik“. Dieser Rede entstammt die vielzitierte Sentenz: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Der Bundespräsident bezog mit dieser Position klar Stellung zum Beispiel gegen die Rede Ludwig Erhards zwanzig Jahre zuvor, in der diesen Befreiungscharakter des 8. Mai noch geleugnet hatte. Andererseits versicherte der Bundespräsident: „Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“ Der subjektiven Erfahrung von Leid unter der deutschen Bevölkerung versuchte er damit Rechnung zu tragen. Aber, so fuhr er fort, „wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

In seiner Rede gedachte Richard von Weizsäcker „der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“, ferner „der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mussten“. Wichtig war ihm die ausführliche Würdigung des Widerstands, auch des kommunistischen, sodann die explizite

Erwähnung der sowjetischen und polnischen Kriegsoffer. Mit seiner Rede, heben Katrin Hammerstein und Birgit Hofmann in ihrer Analyse hervor, habe der Bundespräsident Opfergruppen ins Bewusstsein gehoben, „die bis dahin im offiziellen Gedenken kaum repräsentiert gewesen waren“ (Hammerstein/Hofmann 2015). Der Holocaust war für von Weizsäcker ein singuläres Verbrechen. Entschieden wandte er sich gegen Versuche, sich mit dem „Argument des Nichtwissens“ (ebd.) zu entschuldigen. Schuld war für ihn nur individuell zurechenbar; aber hinsichtlich der kollektiven Verantwortung und den daraus erwachsenden Konsequenzen nahm er alle Deutschen in die Pflicht: „Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von den Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.“ An manchen Passagen der Weizsäcker Rede ist aus den verschiedensten politischen Lagern Kritik geübt worden, zum Teil mit bedenkenswerten Argumenten. Aber ihre enorme Wirkung bestand darin, dass sie über alle damaligen politischen Lager hinweg einen Minimalkonsens stiftete und die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich gefördert hat.

Beispiel Höcke: religiös verbrämte Selbsterhöhung

Zweiunddreißig Jahre später, am 17. Januar 2017, hält ein AfD-Politiker namens Björn Höcke in Dresden eine Rede vor der Parteijugend der AfD. Es ist der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht die NPD für verfassungsfeindlich erklärt, aber nicht verbietet. In dieser Rede erklärt Höcke die Rede des Bundespräsidenten für ‚volksfeindlich‘, sei sie gegen das eigene Volk gerichtet gewesen. Als Populist nahm er wie selbstverständlich ein Alleinvertre-

tungsrecht in Anspruch und kündigte den Konsens auf, von dem ich vorhin gesprochen habe.

Aber auch Teile der Parteiführung werden von ihm massiv angegriffen. Diese „Typen“ seien unzuverlässige ‚Gestalten‘, Höcke nennt sie die „Halben“. Der Ausdruck macht stutzig. Im Internet entdeckt man Erstaunliches dazu: Es handelt sich um eine Anspielung auf die in extrem rechten Fußball-Fangruppen weit verbreitete Parole „Die Halben hol’ der Teufel.“ Dazu schreibt die Lausitzer Rundschau (28. August 2012) in einem Bericht über die Cottbusser Fanggruppe Inferno: „Die scheinbar harmlose Zeile stammt aus einem Zitat der Romanfigur Gilbert Wolzow, einem Antihelden in dem antifaschistischen, im Osten früher weitverbreiteten Roman ‚Die Abenteuer des Werner Holt‘. Wolzow hält eine flammende Durchhalte-Rede: ‚Wer [...] Deutschland in seiner schwersten Stunde im Stich lässt, der ist ein Schweinehund. Alles oder nichts. Die Halben hol’ der Teufel. Wir stehen zum Führer.“

Und schaut man beim „Führer“ selber nach, findet man zum Beispiel eine Rede Hitlers vom 20. Juli 1932, die er nachts in Stralsund hielt. Dort heißt es: „Heute in der dritten Morgenstunde, da das ganze andere Deutschland schläft, sind wir hier wach und werden wach bleiben, bis Deutschland frei ist. [...] Das Himmelreich und die Seligkeit gehören niemals Halben, sondern Ganzen. Ich verspreche, daß wir unsere Fahne, unsere Ideale und unsere Idee hochhalten und mit ihr ins Grab gehen werden. Unzählige Blutzeugen sind in dieser Stunde im Geiste bei uns. Aus dem Fanatismus und der gläubigen Inbrunst kommt eines Tages die Kraft, die das Reich der Größe, Kraft und Stärke einer wirklichen Herrlichkeit zimmert, das einmal das Vaterland für alle sein wird. [...]“



Höcke geht es um die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung auf der Basis eines völkischen Nationsverständnisses jenseits einer pluralistisch und demokratisch verfassten Gesellschaftsordnung.

Dieser religiös aufgeladene Ton mit direkten Anspielungen auf biblische und liturgische Texte findet sich auch bei Höcke. Den begeisterten Zuhörern aus den Reihen der Jungen Alternative präsentiert er sich als der neue „Führer“. Er sei der „Wegweiser“ auf einem „langen und entbehrungsreichen Weg“ hin zum „vollständigen Sieg“ der Partei. Die ‚jungen Leute‘ sollten nicht wie irgendwelche „Parteifunktionszwerge [...] den kürzesten Weg zu irgendwelchen Pfründen“ suchen. Diese Zwei-Wege-Metapher hat ihre Vorbilder: Man kennt sie aus der antiken Mythologie (Herakles am Scheidewege) und von alt- und neutestamentlichen Textstellen. Mit ihr stellt Höcke die Parteijugend vor eine moralische Entscheidungssituation: Es geht um die Wahl zwischen dem (negativen) Weg des karrieresüchtigen Berufspolitikers und dem (positiven) Weg derjenigen, die tugendhaft für „unser Volk“ und „dieses Land“ eintreten und sich hierin dem Bild des sich „im Dienst“ verzehrenden „neue[n] Preußen“ verpflichtet wissen. Höcke selbst stellt sich als dieser „neue Preuße“ dar und glaubt sich legitimiert, nach dem Muster der alttestamentlichen Weisheitslehrer den richtigen, wenn auch

steinigen Weg zu weisen (vgl. Spr 4,11) – wenn hier nicht gar die messianische Botschaft mitschwingt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“ (Joh 14,6). Folgerichtig lässt Höcke die ‚jungen Leute‘ auch nicht alleine: Weil „dieses Land [...] einen vollständigen Sieg der AfD“ brauche, so das hochgesteckte Ziel, das an die Goebbelsche Rede vom „totalen Sieg“ erinnert, werde er „diesen Weg – und nur diesen Weg – mit Euch gehen, liebe Freunde“ – auch diese Zusicherung verweist auf eine messianische Formel: „Siehe, Ich bin bei Euch alle Tage bis an der Welt Ende.“ (Mt 28, 19). Höcke erhebt also einen religiös verbrämten Anspruch, mit dem er sich weit über die „Parteifunktionszwerge“ des Bundesvorstandes der AfD stellt: Ohne ihn und ohne die Nachfolge, die er einfordert, wird es, so die Botschaft, keinen Sieg der AfD geben.

Völkisch-nationalistischer Umgang mit der deutschen Geschichte

Dazu bedarf es aber auch einer Vision, die Höcke gleich im Anschluss präsentiert, indem er eine „positive Beziehung zu unserer Geschichte“ als Grundvoraus-

setzung für die „innere Erneuerung“ des deutschen Volkes reklamiert. Warum fehlt es seiner Meinung nach an dieser Grundvoraussetzung? Höcke greift hier auf ein in der gesamten Rechten verbreitetes Argumentationsmuster zurück: Innerhalb der extremen Rechten ist vom „Schuld-Kult“ die Rede; die damit verbundene Kernaussage lautet, „die Deutschen“ seien nach dem Kriege in eine Kollektivhaftung genommen worden und müssten bis heute für die NS-Verbrechen „büßen“ (Suermann 2016, S. 269). Von „Umerziehung“ ist die Rede, was auch Höcke betont. „Weil sich unter diesen Bedingungen kein positiver Bezug auf Volk und Volksgemeinschaft habe entwickeln können, sei an die so entstandene Leerstelle eine irrationale ‚Negativ-Identität‘“ (ebd.) getreten, gewissermaßen als Ausdruck eines entfremdeten Volks-Bewusstseins. „Ein quasi-religiöses Gedenken an die deutschen Verbrechen ‚verewige‘ diese Schuld“ (ebd.), ihre Bewältigung, so Höcke, sei zu einer „gesamtgesellschaftlichen Daueraufgabe“ geworden. Höcke moniert: „Bis jetzt ist unsere Geistesverfassung, unser Gemütszustand, immer noch der eines total besiegten Volkes.“ Symbolischer Ausdruck

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet



Felix Schilk



Felix Schilk

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

Edition DISS Band 39

Unrast-Verlag, Münster 2017

192 Seiten, 19,80 €

Phänomene wie Pegida und die AfD verdeutlichen die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft und signalisieren einen Rechtsruck in Deutschland. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse hat zwar durch die Flüchtlingspolitik einen großen Schub erhalten, er war aber schon vorher vorhanden. Er ist nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten.

Jürgen Elsässers Querfront-Magazin COMPACT ist ein wichtiger Teil der jüngsten rechtspopulistischen Mobilisierungen in Deutschland. Gemeinsam mit anderen alternativem Medien liefert es Deutungsangebote, Schlagwörter und Symbole. Im Umfeld von AfD und Pegida wird das ‚Magazin für Souveränität‘ intensiv rezipiert und stellt eine wichtige publizistische Infrastruktur dar, die zuletzt durch Zusammenarbeit mit Akteuren der Neuen Rechten erweitert wurde.

dieser „Geistesverfassung“ ist für Höcke das Holocaust-Mahnmal in Berlin: „Wir Deutschen [...], wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Wie dies gemeint ist, wird deutlich, wenn Höcke von einer „dämliche[n] Bewältigungspolitik“ spricht, die das Volk lähme. Das seien doch alles „tote Riten“ und „hohle Phrasen“, eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ müsse endlich her. Wir bräuchten „eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zualtererst mit den großartigen Leistungen der Altvorden in Berührung bringt.“ Das ist also die Alternative: Höcke propagiert einen Heroenkult als Inbegriff einer nationalidentitären Sinnstiftung von Geschichte: große Wohltäter, weltbewegende Philosophen, Musiker, geniale Entdecker und Erfinder. Alles Männer, und kein Wort über die Geschichte des Volkes.

Der geschichtspolitische Teil der Rede ist nicht der eigentliche Skandal der Rede. In der Tat, dieser Teil gehört zum Allgemeinut der deutschen Rechten. Deren Geschichtsrevisionismus, sieht man einmal von der offenen Holocaust-Leugnung ab, hat sich zweier Argumentationsstränge bedient: Der eine Strang fordert, „einen ‚Schlussstrich‘ unter die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (NS) zu ziehen, schließlich sei bereits alles gesagt worden, man müsse endlich einmal zur ‚Normalität‘ übergehen“ (Suermann 2016, S. 271).

Der andere Strang zweifelt zwar nicht den gewaltförmigen Charakter des NS an, doch wird die Bedeutung des NS für eine verantwortliche und moralisch verpflichtende Politik der nachfolgenden Generationen entschieden relativiert. Nicht Auschwitz selbst, sondern die historische und moralische Bedeutung dieses Verbrechens wird infragegestellt. „Jede Form erinnerungskultureller Aufarbeitung [wird so] als übertriebene bis antinationale Handlung“ (ebd.) dargestellt. Im AfD-Programm wird dementsprechend die „aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ beklagt. Die Rede Höckes von der „dämliche[n] Bewältigungspolitik“

greift diese Klage auf und spitzt sie in zynischer Weise zu, wenn er in bewusst vieldeutiger Weise vom „Denkmal der Schande“ spricht. Deutlicher als sonst wird bei ihm der völkische Kern dieser Art Geschichtspolitik. Die „innere Erneuerung“ des deutschen Volkes mit dem Anspruch ethnischer Exklusivität ist nichts anderes als die alte Parole der völkischen Bewegung von der „Wiedergeburt“ des Volkes, das nicht verstanden wird als demos – als Gesamtheit der freien und gleichen Staatsbürger(innen) – sondern als ethnos, als ethnisch homogene Abstammungsgemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was Höcke mit dem „vollständigen Sieg“ der AfD meint: Es geht ihm nicht primär um die 51 Prozent, wie es an einer Stelle der Rede heißt, also um die absolute Mehrheit, wie sie jede Partei anstrebt. Vielmehr geht es um die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung auf der Basis eines völkischen Nationsverständnisses jenseits einer pluralistisch und demokratisch verfassten Gesellschaftsordnung.

Die Rede Höckes kam im Vorfeld der Bundestagswahlen zur rechten Zeit. Sie macht kenntlich, welche Kräfte in der AfD wirken und an Bedeutung gewonnen haben. Die Höckes und Poggenburgs wollen die Öffnung nach rechtsaußen, sie wollen eine neue völkische Bewegung.

Literatur

Hammerstein, Katrin / Hofmann, Birgit 2015: „Wir [...] müssen die Vergangenheit annehmen“ – Richard von Weizsäckers Rede zum Kriegsende 1985, in: Deutschland Archiv, 18.12.2015 (www.bpb.de/217619).

Suermann, Lennart 2016: Art. „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente / Heun, Robin u.a. (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach/Ts., S. 269-281.



Teilnehmer der HeRoes Gedenkstättenfahrt im Juni 2017, Foto: Robin Heun

Gedenkstättenfahrten als „Integrationshelfer“?

Von Burak Yilmaz

Seit der verstärkten Fluchtbewegung nach Europa und Deutschland im Sommer 2015 bekomme ich als Gruppenleiter des Projektes „Junge Muslime in Auschwitz“ vermehrt E-Mails aus der Lehrerschaft im gesamten Bundesgebiet. Sie fragen nach einer möglichen Gedenkstättenfahrt mit ihren Schülerinnen und Schülern an. Im Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ organisieren wir jährliche Auschwitzfahrten und bieten im Anschluss ein drei- bis sechsmonatiges Theaterprojekt an, um die Erlebnisse der Teilnehmenden zu verarbeiten. Ziel ist es, stigmatisierten Jugendlichen einen Schutzraum anzubieten, indem sie ihre Lebensgeschichte durch Biografiearbeit in einen gesellschaftlichen und historischen Zusammenhang bringen.

So schilderte mir zuletzt eine Lehrerin, dass die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte ihre Schülerinnen und Schüler für gegenwärtigen Antisemitismus sensibilisieren würde. Ihre Schülerinnen und Schüler kämen kaum in Kontakt mit „Deutschen“ und „deutschen Gepflogenheiten“. Daher bat sie mich, ob ich nicht mit ihren Schülerinnen und Schülern zum Thema Nationalsozialismus arbeiten könne und wir gemeinsam eine Gedenkstätte besuchen könnten.

Lehrkräfte bei Konflikten unterstützen

Mir begegnen häufig Lehrkräfte, die sich stark für ihre Schülerschaft engagieren und Konflikte offen ansprechen. In die-

sem Bereich des Engagements erhalten Lehrkräfte immer noch zu wenig Unterstützung- sowohl von Seiten der Schulleitung als auch von der Politik. In letzter Zeit jedoch häufen sich die Anfragen, die an eine ganz bestimmte Gruppe ausgerichtet sind: Geflüchtete Schülerinnen und Schüler aus sogenannten internationalen Vorbereitungs- oder Willkommensklassen. Auch auf Konferenzen und Lehrer*innenfortbildungen bemerke ich ein gestiegenes Interesse daran, dass sich geflüchtete Jugendliche so schnell wie möglich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen sollten, um dieses Land kennenzulernen und zu verstehen.

Damit erfahren die Themen *Holocaust Education* in multiethnischen Lerngruppen und Gedenkstättenfahrten eine neue

Aufmerksamkeit, die sich allerdings nicht in einen übereifrigen Nachholbedarf zu spitzen sollte. Unterstützt wird dies jedoch dadurch, dass etliche neue Fördermittel und -programme genau diesem Muster folgen, indem Antisemitismus auf Minderheiten externalisiert wird. Wenn jedoch Antisemitismus als Problem von Minderheiten angesehen wird, kann dies im Umkehrschluss bedeuten, dass die Mehrheitsgesellschaft frei von jeglichen Ressentiments sei. Diese Sichtweise kann wiederum zu rassistischen Zuschreibungen führen. Doch Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und geht uns alle an.

Für mehr Repräsentation in unserem Bildungssystem

Den neuen Förderprogrammen und auch den Schulen sollte bewusst sein, dass in unserem Bildungssystem ein Repräsentationsmangel vorherrscht. An vielen Schulen in Duisburg und im Ruhrgebiet, an denen ich Workshops gestalte, kommt die Lehrerschaft meistens aus der Mehrheitsgesellschaft. Lehrer*innen mit Migrationsgeschichte sind immer noch unterrepräsentiert, während aber die Mehrheit der Schülerschaft meistens Migrationsgeschichte hat. Die Migrationsgeschichte der Schülerschaft wiederum ist in den Geschichtsbüchern und in den stadthistorischen Museen wenig sichtbar. Oft beschwerten sich Schüler*innen, dass die Gastarbeitermigration oder der Nahostkonflikt im Geschichtsunterricht kaum behandelt wird. Geschichtliche Ereignisse, von denen sie familiär direkt betroffen sind und sie sich eine kritische Auseinandersetzung in der Schule wünschen. Es liegt das Problem vor, dass Schüler*innen sich mit ihrer Familienbiografie und ihrer Migrationsgeschichte wenig repräsentiert fühlen, obwohl ihre Familien seit mehreren Generationen Teil dieses Landes sind und auch Teil des Kollektivgedächtnisses sein sollten. Insofern steht die Frage: Können Gedenkstättenfahrten hier als „Integrationshelfer“ dienen?

Ethnisierende Diskurse führen auch zu Selbstethnisierung

Auch wenn einige Lehrkräfte die Erwartung haben, dass durch Gedenkstättenfahrten ihre Schülerinnen und Schüler Demokrat*innen werden, sind solche Fahrten keine Garantie für ein demokratischeres Miteinander. Gedenkstätten sind Orte, die bedrücken und Besucherinnen und Besucher auch aus der Fassung bringen können. Ich habe es auch schon erlebt, dass Jugendlichen nach Gedenkstättenfahrten ihr eigener Status als diskriminierte Minderheit bewusster wurde und sie erst recht nicht „Deutsch sein“ wollten. Jedes Jahr erlebe ich in Oświęcim aufs Neue, wie muslimische Jugendliche abends im Restaurant oder in einer Bar Rassismuserfahrungen machen, nachdem sie am Vormittag die Konzentrationslager besichtigt haben. Dieses Jahr zum Beispiel wurden einige der Jugendlichen unseres Projektes in der Altstadt von Oświęcim mit Zigarettenschachteln beworfen und einem lautstarken „Fuck Turkey! Fuck Erdoğan!“ beleidigt. Hinzu kommt, dass sie in Oświęcim das erste Mal in ihrem Leben Israelis treffen und kennenlernen. Es entstehen Kontakte, manchmal auch Freundschaften nach der Fahrt, doch diese Begegnungen werden dann von einigen der Jugendlichen im Freundeskreis oder im Elternhaus verheimlicht, da eine große Angst davor herrscht, als „Verräter“ schikaniert zu werden. Die Konfrontation mit gegenwärtigem Antisemitismus macht sie sprachlos. Gedenkstättenfahrten brauchen aufgrund dieser Erlebnisse nicht nur eine intensive Vorbereitung, sondern auch eine noch intensivere Nachbereitung. Es ist zudem bekannt, dass Gedenkstätten schon immer umkämpfte Orte waren. Orte des Gedenkens werden vor ihrer Errichtung jahre- wenn nicht gar jahrzehntelang emotional debattiert und politisch ausgehandelt. Wenn wir nun aber Gedenkstättenbesuche als integrationspolitische Forderung stellen, würde dies im Umkehrschluss bedeuten, dass jeder Deutsche schon einmal in seinem Leben in einer Gedenkstätte war. Es ist ein verzerrtes Selbstbild, das die hoch emotiona-

len Debatten hinter diesen Gedenkstätten verdeckt und nicht zum Vorschein bringt. Mit einem solchen Selbstbild jungen Geflüchteten zu begegnen wird einer kritischen Erinnerungskultur nicht gerecht.

Mikroräume der Begegnung und demokratischen Teilhabe schaffen

Zu Beginn dieser Debatte um Geflüchtete und Gedenkstättenbesuche brauchen wir daher einen Perspektivwechsel. Es braucht eine anerkennende Pädagogik, die keine hierarchische Wir- versus – Ihr- Konstrukte aufbaut, sondern auf Augenhöhe arbeitet und die Themen der Geflüchteten aus ihrer Umwelt aufgreift. Viele von ihnen sind in Deutschland mit gesellschaftlichen Gepflogenheiten konfrontiert, die sie nicht verstehen, wie zum Beispiel das Konzept der Altersheime, die es in den ihnen bekannten kollektiven Familienmodellen nicht gibt.

Zu diesem Perspektivwechsel gehört auch die Haltung, jungen Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte das Gefühl zu geben, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind. Es müssen Mikroräume geschaffen werden, in denen ein Austausch über Normen, Rituale und kulturelle Gepflogenheiten stattfinden kann. Insbesondere die Reflexion über Vor- und Nachteile eines individuellen und kollektiven Lebensmodells stellt sich als eine zentrale pädagogische Aufgabe der nächsten Jahre. Denn wenn sich Menschen als Teil dieser Gesellschaft fühlen können und anerkannt werden, wird auch ihr Interesse an Geschichte steigen.

Burak Yilmaz ist Gruppenleiter bei HeRoes Duisburg und betreut das Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“



„Schande über Dich, Europa!“ – „Shame on you, Europe!“*

Von Heiko Kauffmann

Europa bekämpft nicht die Schleuser und die Menschenrechtsverletzungen in Libyen, sondern vielmehr die Flüchtlinge und diejenigen, die sie vor dem Ertrinken retten.¹

Die EU rüstet Libyen mit Hunderten Millionen Euro auf, um sich die Flüchtlinge vom Hals zu schaffen: Geld für eine zwielichtige Küstenwache und eine schwache Regierung, die der verbrecherischen und gewalttätigen Milizen im Land und in den Flüchtlingslagern nicht Herr wird. Lager, in denen – auch nach Erkenntnissen des

Auswärtigen Amtes – KZ-ähnliche Zustände herrschen; eine Kooperation mit schlimmsten Folgen für Flüchtlinge: ein eklatanter Bruch von Völker- und Menschenrechten.

Die europäischen Regierungen haben ihr Ziel fast erreicht, das sie - gegen alle Bedenken und gegen jede Humanität - mit allen Mitteln und um jeden Preis verfolgen: die Schließung der zentralen Mittelmeerroute. Eurozentrismus, institutioneller europäischer Rassismus siegt über Menschlichkeit. Die Geringschätzung von Menschenleben, die Inkaufnahme ihres Todes: ist das die politische und moralische Signatur Europas im frühen 21. Jahrhundert?

„Wir werden ... alles tun, um zu verhindern, dass weitere Opfer im Mittelmeer vor unserer Haustür umkommen ... Das vereinbart sich nicht mit unseren Werten

... Wir sind es uns insgesamt selbst schuldig, dass wir hier mehr tun“ (Angela Merkel). Hehre Worte, aber auch in Deutschland wird inzwischen anders gesprochen als gehandelt.

Im September 2016 verabschiedete die UN die ‚New Yorker Erklärung‘ zum Schutz von Flüchtlingen, Darin heißt es: „Wir bekunden unsere tiefe Besorgnis angesichts der großen Zahl von Menschen, die auf ihrem Weg ums Leben gekommen sind. Wir würdigen die Anstrengungen, ... Menschen aus Seenot zu retten. Wir verpflichten uns, die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung von Such- und Rettungsmechanismen zu intensivieren. ...“ Die EU und die Bundesregierung konterkarieren diese Verpflichtungen durch ihr praktisches Handeln, das diesen humanitären Bekundungen diametral widerspricht.

¹ Erstveröffentlichung dieses Beitrags: Ostsee-Zeitung vom 6. September 2017.

* Diese Aufschrift trugen Banner, mit denen zivile Seenotretter auf der „Sea-Eye“ gegen die Ausdehnung der libyschen Hoheitsgewässer und die Sperrung zentraler Rettungsgebiete im Mittelmeer protestierten.

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)

EDITION
DISS

Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)
Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Un-
rast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Zehntausende von Flüchtlingen begaben sich nicht auf die Flucht oder ertranken im Mittelmeer, weil Schlepper ihr Leid ausnutzten und sich an ihrem Elend bereicherten; sie gerieten in Lebensgefahr oder ertranken, weil kein EU-Staat bereit war, sie legal einreisen zu lassen und sich ernsthaft mit ihren Fluchtgründen auseinanderzusetzen. Die Toten im Mittelmeer waren Menschen, die in Europa auf ein Leben in Sicherheit und Würde hofften, das freilich von den EU-Innenministern nach zweierlei Maß gemessen wird: weil für Flüchtlinge, für Menschen anderer Herkunft nicht gilt oder nicht gelten soll, was wir, was unsere Verfassungen unter Menschenwürde und Menschenrechten verstehen und schützen.

Europa trägt durch Waffenlieferungen, durch die Unterstützung repressiver Regime und durch eine ungerechte Handels- und Wirtschaftsordnung mit dazu bei, dass Menschen ihre Länder verlassen müssen. Maßnahmen militärischer Grenzsicherung, die Abschreckung von Flüchtlingen und „Lager in Nordafrika“ sind keine Lösungen, sondern nichts anderes als Symptome rassistischer Abwehr – eine Missachtung der Freiheit und der Menschenwürde all derer, deren letzte Hoffnung in KZ-ähnlichen Lagern Libyens die Humanität Europas war.

Die Zivilgesellschaft ist heute gefordert, die kaltschnäuzige Heuchelei, Gleichgültigkeit und Gewissenlosigkeit der Politik im Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeer anzuprangern, sich mit aller Kraft für den Aufbau einer zivilen europäischen Seenotrettung einzusetzen und dringend

einen Diskurs über das Humanitätsverständnis Deutschlands und Europas über Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde im 21. Jahrhundert zu initiieren.

Heiko Kauffmann ist Mitbegründer und war langjähriger Sprecher von PRO ASYL sowie ehemaliger Inlandsreferent von terre des hommes. Er fördert und unterstützt SOD MEDITERRANEE seit Gründung der Initiative und arbeitet seit mehr als 20 Jahren eng mit dem DISS zusammen.

DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



DISS-Journal Sonderdruck zum Sterben im Mittelmeer und der Verantwortung Europas.

Im September erschien ein Sonderdruck des DISS-Journals, in dem Heiko Kauffmann die „Schande“ von Europa in Verbindung mit dem Sterben von Flüchtenden im Mittelmeer analysierte und auf die Notwendigkeit ziviler Seenotrettung hinwies.

Der Sonderdruck ist kostenlos abrufbar unter <http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-Sonderdruck-2017-09.pdf>.



SOS MEDITERRANEE Deutschland e.V.

Europäische Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger

Email: contact@sosmediterranee.org
Tel.: 030-22056810

Spendenkonto: IBAN DE04 1005 0000 0190 4184 51
BIC: BELAD63333

Die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft - detailliert rekonstruiert

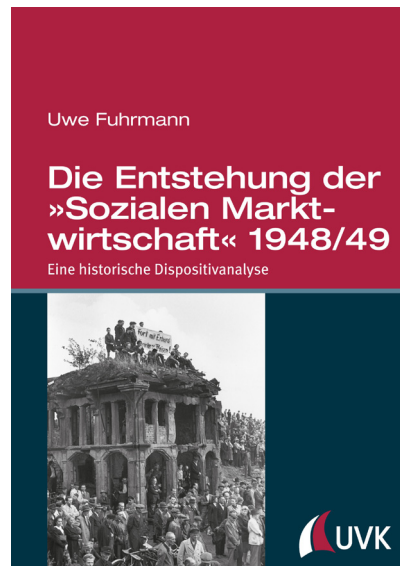
Eine Rezension von Anton Meier

Die Soziale Marktwirtschaft gilt allenthalben als eine Strategie, mit der im Nachkriegsdeutschland auf die damals vorhandene soziale Not reagiert wurde. Uwe Fuhrmann zeigt in seiner Analyse, dass diese Strategie keineswegs das Ergebnis einheitlicher Planung war, sondern vielmehr das Resultat eines politischen Ringens und heftiger Proteste innerhalb der Bevölkerung.

Bisher wurde die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Konfliktfähigkeit kaum historisch aufgearbeitet. Stattdessen dominiert das unreflektierte Bild von einer glorreichen wirtschaftspolitischen Weichenstellung durch Ludwig Erhardt. Die gewaltigen Widerstände und Auseinandersetzungen um jene Ausrichtung werden darin ausgeblendet.

Uwe Fuhrmann will diese lückenhafte und undifferenzierte Erzählung mit einer gründlichen Analyse konfrontieren. In diesem Kontext soll die geschichtswissenschaftliche Behauptung eines „Vorhabens“ der Sozialen Marktwirtschaft widerlegt (231) und der Idealisierung ihres vermeintlich wichtigsten Protagonisten, Ludwig Erhardt, entgegengewirkt werden (14f.).

Dazu verbindet Fuhrmann die Frage nach der Genese der Sozialen Marktwirtschaft mit der noch wenig erprobten Methode der historischen Dispositivanalyse. Die Soziale Marktwirtschaft wird von ihm als ein Dispositiv verstanden, als eine Strategie ohne Strategen (286). Nach Foucault stellt ein Dispositiv ein Ensemble heterogener Elemente dar, die sowohl sprachlich als auch nicht-sprachlich beschaffen sein können und miteinander korrespondieren ohne dem Plan eines Akteurs zu folgen¹.



Uwe Fuhrmann
Die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 1948/49.
Eine historische Dispositivanalyse
UVK-Verlag 2017, 360 Seiten 39 €

Die Analysemethode kann die vielfältigen Diskurse um die ökonomische Ausrichtung der Bizone in den Jahren 1948/49 erfassen und die Geschichtswissenschaft damit um einen wichtigen empirischen Zugang bereichern (19).

Nach einer Einführung in die Dispositivanalyse und der Erläuterung ihrer Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand umreißt der Autor mit Bezug auf die bisherige Forschung die Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegsjahre. Unter anderem werden die Politik der Alliierten und der Aufbau politischer Organisationen geschildert. Anschließend erläutert er den wirtschaftlichen und sozialen Notstand jener Zeit. Zentrale Aspekte sind hier die Mängel in der Versorgung der Bevölke-

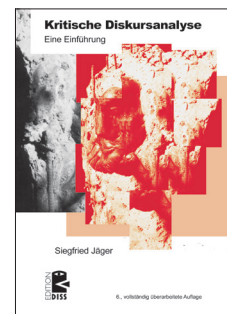
xualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve, S.118-175.



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
(hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

Lexikon Kritische Diskursanalyse
Eine Werkzeugkiste.
Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung
Nachdruck der 6. vollständig überarbeiteten Auflage
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

¹ Zu näheren Erläuterungen vgl. Foucault, Michel 1978: Dispositive der Macht. Über Se-



AK Antiziganismus im DISS

Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreinschätzung am Beispiel

Duisburg

2015 Online-Broschüre

DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre

DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter:

www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf

rung und die damit verbundenen Hungerproteste und Arbeitskämpfe.

Die gesellschaftspolitischen Reaktionen auf den Notstand werden in drei Schritten rekonstruiert. Zunächst formiert sich ein vorläufiges Dispositiv als Antwort auf die prekären Bedingungen – die freie Marktwirtschaft. Als Folge dieses Dispositivs steigen die Preise, auch für lebensnotwendige Güter. Der zweite Schritt markiert dann die sozialen und politischen Widerstände gegen diese misslungene Politik des freien Marktes. Schließlich formiert sich als Antwort auf die Unzulänglichkeiten der wirtschaftsliberalen Maßnahmen und die Proteste als dritter Schritt das Dispositiv einer Sozialen Marktwirtschaft. Die sozialen Neuerungen beinhalten diverse wirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen wie zum Beispiel das „Jedermann Programm“ (238ff.).

Fuhrmann schließt aus der Analyse, dass die Soziale Marktwirtschaft keinesfalls ein Vorhaben der CDU und Ludwig Erhardt war, sondern im Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure und unter besonderen strukturellen Bedingungen entstand. Hervorzuheben sei der Einfluss von Leonard Miksch bei der ideellen und sprachlichen Formulierung des Wirtschaftskurses (144ff.). Miksch gilt als wichtiger Mitarbeiter in Erhardts Ministerium. Er war sowohl Mitglied der SPD als auch Vertreter des Ordoliberalismus. Seiner Ansicht nach kann nur die Wettbewerbsordnung wirtschaftliche Macht in einem demokratischen und freiheitlich-sozialistischen Sinne verteilen. Laut Fuhrmann haben seine Vorstellungen der Nachkriegswirtschaft den entscheidenden Anstoß gegeben. Außer Teilen der SPD und der streikenden Bevölkerung hätten auch die Gewerkschaften wichtige Impulse zur wirtschaftlichen Weichenstellung geliefert. Zugleich legt Fuhrmann dar, dass führende Gewerkschaftsvertreter oftmals versuchten, Proteste einzudämmen, um den Forderungen der Besatzungsmächte nachzukommen und ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Wirtschaftsrat zu sichern (72f. 218ff.).

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft sei größtenteils auf die ökonomische

Wertschöpfung zurückzuführen, die zu Zeiten der Reichsmark stattfand. Strategische Erwägungen von Unternehmern hätten dazu geführt, dass etliche Produkte erst nach der Währungsreform abgesetzt wurden und die Effekte des neuen wirtschaftlichen Kurses als größer erscheinen als sie tatsächlich waren (57, 130ff.).

Die Analyse von Uwe Fuhrmann und ihr theoretisch-methodischer Anspruch kommen keineswegs sperrig daher. Fuhrmann schafft es, durch das Aufgreifen einiger thematischer Schlaglichter die Analyse auf besonders markante Aspekte zu reduzieren. Zusätzlich macht er einzelne Diskurse greifbar, indem er Bildmaterial in das Werk einfließen lässt.

Enttäuschend ist allerdings, dass er keine genaue Operationalisierung seiner Untersuchung formuliert, obwohl er die Notwendigkeit eines eigenen Analyseschemas betont (18). Die Aussparung begründet er damit, dass er „methodenuninteressierten LeserInnen das Lesen nicht ... verleiden“ will (19). Und auch aufgrund der Skepsis der Geschichtswissenschaft gegenüber dem linguistic turn, nimmt er keine genauen Erklärungen zu seiner Ausgestaltung der Dispositivanalyse vor. So bleiben allerdings Fragen nach der Systematik der Materialauswahl und den einzelnen Analyseschritten ungeklärt. Umso mehr stellt sich die Frage nach der begründeten Eingrenzung des Korpus, der eine „unüberschaubare Zahl“ (49) an Material enthält. Insgesamt ist das Werk aber eine erkenntnisreiche Rekonstruktion der Genese der Sozialen Marktwirtschaft. Durch die Aufdeckung ihrer vielfältigen Umstände und Akteure wird einer idealisierten Betrachtung dieser Genese entgegengewirkt. Zu empfehlen ist das Buch deshalb jenen Leser/innen, die an einer historischen Aufarbeitung der wirtschaftlichen Ausrichtung Westdeutschlands interessiert sind, ohne aber den Anspruch zu haben, eine detaillierte Begründung des methodischen Ablaufs vorzufinden.

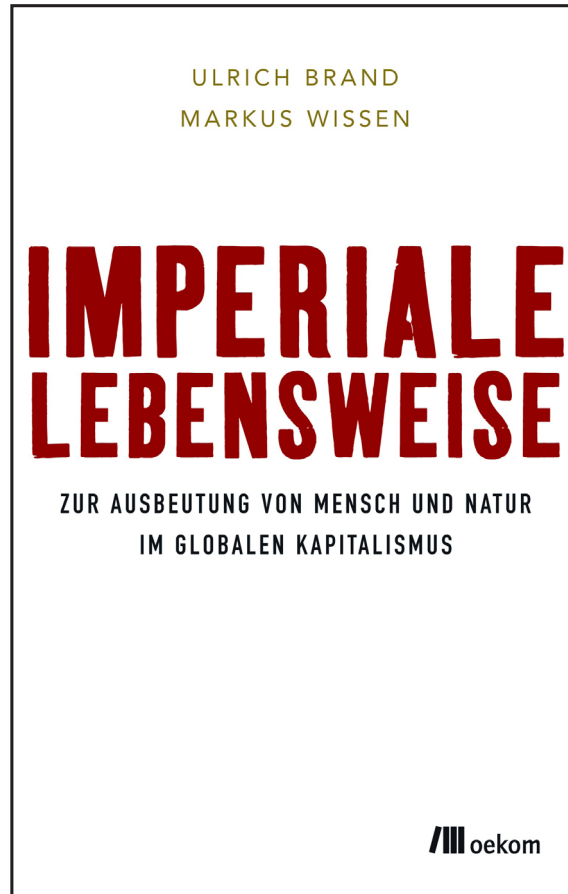
Anton Meier ist Student der Universität Bielefeld und arbeitet an einer Analyse des Dispositiv „Universität Bielefeld“.

„Imperiale Lebensweise“

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Das viel beachtete Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen *Imperiale Lebensweise* trägt den Untertitel *Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Damit wird klar, worum es den beiden Politikwissenschaftlern – Ulrich Brand lehrt an der Universität Wien, Markus Wissen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin – geht: um eine Analyse der Zusammenhänge einer in westlichen Staaten von vielen Menschen geschätzten alltäglichen Lebensweise, basierend auf ungerechten Verhältnissen im globalen kapitalistischen Kontext. Inhaltlich ist der Band entlang von vier grundlegenden Aspekten unterteilt: Erstens geht es um „die Alltagspraxen sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse, die Herrschaft über Mensch und Natur erzeugen und verstetigen.“ (13) Zweitens möchten sie erklären, weshalb in einer Zeit der sich zuspitzenden Krisen (sie meinen damit „soziale Reproduktion, Ökologie, Wirtschaft, Finanzen, Geopolitik, europäische Integration, Demokratie etc.“) die Lebensweise, die sie „imperial“ nennen, in diesem Zusammenhang zentral zu verorten sei.

Denn die „imperiale Lebensweise“ sei Mitverursacher des Klimawandels, der weltweiten Armut, der geopolitischen Konflikte und der Vernichtung lokaler Ökonomien. Dort aber, wo die Menschen aus dieser Lebensweise ihren Nutzen zögen, trage sie zur „Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei.“ (13) Die angesprochenen Krisen deuten sie drittens „als Manifestation der Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise.“ (Ebd.) Diese Lebensweise benötige ein „Außen“, um global auf Arbeitskräfte und Naturressourcen zuzugreifen und die entstehenden Kosten auf dieses „Außen“ zu verlagern („Problem- und Krisenexternalisierung“). Mit dem Ausdehnen der „imperialen Lebensweise“ (zu nennen wäre hier u.a. China, Indien und Brasilien)



Ulrich Brand/Markus Wissen
Imperiale Lebensweise
Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus
oekomverlag München
2017
224 Seiten, 14,95 €.

en) schwinde jedoch dieses „Außen“. (14) Die Alternative hierzu, der vierte Aspekt, müsste radikaler sein, als die herrschende Ökologiedebatte um die „grüne Revolution“, da diese viel zu kurz greife, d.h. die kapitalistische Dynamik und die Herrschaftsverhältnisse ignoriere. Zumal sei der Staat kein „Gegenpol“, sondern „ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise.“ (16)

Mit ihrem Begriff der „imperialen Lebensweise“ zielen die Autoren darauf, dass die herrschenden Produktions-, Distributions- und Konsumverhältnisse tief in den gesellschaftlichen Alltagspraxen im globalen Norden wie auch zunehmend in den Schwellenländern verankert sind. (44) In ihren Ausführungen zur Lebensweise stützen sie sich auf die Analyse des itali-

enischen Marxisten Antonio Gramsci und auf seinen Begriff der Hegemonie.

Um eine solche Hegemonie politisch und ökonomisch zu erreichen, müsse die Zustimmung der Regierten vorhanden sein. Dafür seien Kompromisse der Regierenden notwendig, die die politische und ökonomische Herrschaftsstruktur allerdings nicht in Frage stellen. Da die Autoren den globalen und ökologischen Aspekt der Lebensweise betonen (daher das Adjektiv „imperial“) wollen sie über Gramsci hinausgehen. (Vgl. 45) Der Begriff soll erklären, „wie Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse in den Praxen des Konsums und der Produktion normalisiert wird, sodass sie nicht länger als solche wahrgenommen wird.“ (46) Für die Autoren ist die „imperiale Le-



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Der Kampf um Räume
 Neoliberale und extrem rechte Konzepte
 von Hegemonie und Expansion
 Edition DISS Band 34, 224 S, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrop (Hg.)
Kapitalismus und / oder Demokratie?
 Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
 Demokratieverhältnisse
 Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
 140 S., 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus, und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.

bensweise“ als umfassend gemeint und nicht nur auf die Konsumverhältnisse beschränkt. Vielmehr geht es auch um Produktion, um Arbeitsorganisation, um Unternehmen und um den „andro- und eurozentristische[n] Lebensentwurf einer ‚hegemonialen Männlichkeit‘.“ (54) Auch die Dimension des „strukturelle[n] Rassismus und Neokolonialismus“ ist für Brand und Wissen mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise“ verbunden, da die „Minderbewertung von Arbeitskraft im globalen Süden [...] Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigten sowie ein Überlegenheitsgefühl in den Gesellschaften des globalen Nordens schafften.“ (Ebd.) Formulierungen wie „globaler Süden“ und „globaler Norden“ und, wie oben schon erwähnt, „neokoloniales Nord-Süd-Verhältnis“ erinnern an die Analysen von André Gunder Frank und den von ihm dargelegten Zusammenhang von der „Entwicklung der Unterentwicklung“ aus den 1970er Jahren.

Es ist jedoch die Frage, ob man heute infolge veränderter Weltmarktstrukturen und der strukturellen Ungleichheit in den kapitalistischen Ländern der nördlichen Hemisphäre, die die Autoren ja selbst auch erwähnen, von einem „globalen Norden“ und einem „globalen Süden“ sprechen kann. Zumindest sind Missverständnisse mit einer solchen Formulierung vorprogrammiert.

Kein erhobener Zeigefinger

Sehr positiv zu erwähnen ist, dass es den Autoren nicht um die moralische Verurteilung einer individuellen Lebensweise geht, sondern es geht ihnen in erster Linie um das Aufdecken gesellschaftlicher Strukturen, die auf soziale Ungleichheit verweisen würden und die die „imperialen Lebensweise“ reproduzierten. Es geht also nicht um einen erhobenen Zeigefinger, z.B. mit Blick auf das individuelle Konsumverhalten. Ungeachtet dessen wird natürlich jede Person bei der Lektüre des Buches auch den eigenen Lebensstil kritisch hinterfragen müssen. Bezüglich der historischen Durchsetzung der „imperialen Lebensweise“ skizzieren

die beiden Autoren vier Phasen: Der Frühkapitalismus und die erste Kolonisierung bis Ende des 18. Jahrhunderts. Es folgt die Phase des liberalen Kapitalismus und der weiter zunehmenden Kolonialisierung bis zum historischen Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die dritte Phase lassen die Autoren nach den beiden Weltkriegen mit dem Fordismus beginnen, die sie in die 1950er bis 1970er Jahre einordnen. Die neoliberal-kapitalistische Globalisierung folgt dann als vierte Phase, die bis heute andauere.

Wer spätestens in der historischen Herleitung des Begriffes eine Auseinandersetzung mit der Imperialismustheorie erwartet oder erhofft hat, wird enttäuscht sein. Nur an sehr wenigen Stellen gehen Brand und Wissen auf den Imperialismus-Begriff ein, den sie mit ihrem Begriff der „imperialen Lebensweise“ nicht „aufweichen“ wollen. „Vielmehr beanspruchen wir, die hegemoniale Verankerung imperialistischer Politik in den Alltagspraxen und –wahrnehmungen vor allem der Mittel- und Oberklassen in den Gesellschaften des globalen Nordens zu verdeutlichen.“ Die Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Persistenz imperialistischer Politik“ (67), auf die sie aber ansonsten leider nicht näher eingehen.

Die klassische Imperialismustheorie deuten sie an, indem sie in Anlehnung an diese darauf hinweisen, dass der „entwickelte Kapitalismus eines nichtkapitalistischen oder zumindest eines weniger entwickelten Außens bedarf, damit er nicht an seinen ökologischen Widersprüchen zugrunde geht.“ (122) Dies erinnert (leider gehen die Autoren nicht darauf ein) an den englischen Ökonomen und bürgerlichen Sozialreformer John Atkinson Hobson, der schon 1913 mit seinem Begriff des Imperialismus deutlich machte, dass der nationale Kapitalismus, aufgrund der nicht mehr ausreichenden Rentabilität der inneren Märkte die koloniale Expansion benötige, um neue Räume für das Kapital zu erschließen. Auf dieser Argumentation von Hobson baute dann die marxistische Imperialismustheorie auf.

Mit dem Jutebeutel im SUV zum Bio-markt

Wie die „imperiale Lebensweise“ aussieht, verdeutlichen Brand und Wissen sehr anschaulich mit ihren Ausführungen zur „imperialen Automobilität“. Am Beispiel der SUVs (Sport Utility Vehicles), einer Mischung aus Geländewagen und Limousine, illustrieren sie die widersprüchliche Lebensweise. SUVs, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen, machten 2014 mit 17,4 % Platz zwei der neu zugelassenen Pkws in Deutschland aus. Zwischen 2008 und 2015 verdoppelte sich absolut gesehen ihre Zahl von 1,3 auf 3,2 Millionen. (125) Allerdings sei das kein deutsches Phänomen, was die Autoren mit entsprechenden Zahlen aus den USA und China verdeutlichen. (125f.)

SUVs, vorwiegend von Besserverdienenden gekauft, seien sehr ressourcen- und emissionsintensiv, „sind schwerer, haben einen höheren Luftwiderstand, sind meist stärker motorisiert – und verbrauchen daher mindestens 25 Prozent Treibstoff mehr als konventionelle Fließ- und Stufenheckfahrzeuge.“ Auch bei Unfällen mit SUV Beteiligung sei das Risiko für Fußgänger und Insassen kleinerer Fahrzeuge, verletzt oder getötet zu werden, „deutlich höher“. (126)

Auf die offensichtliche Ambivalenz, dass meist Besserverdienende solche Fahrzeuge kaufen und gerade diese Käuferschicht meist das höhere Umweltbewusstsein hat, verweist auch eine Studie des „Car-Center Automotiv Research“ der Universität Duisburg-Essen, die von den Autoren folgendermaßen zitiert wird: „[W]ährend beim Wochenendeinkauf seit Jahren immer häufiger Bio-Produkte oder solche aus regionalem Anbau in die Einkaufstüte wandern, landet die immer häufiger im Kofferraum eines SUV. Die stehen so gar nicht für ökologisches Handeln, sondern gelten als Treibstoffschlucker.“ (127) Das Achten auf die eigene Gesundheit durch den Verzehr von Bio-Produkten und die Haltung von Autos mit hoher Ressourcen- und Emissionsintensität stellt eine widersprüchliche Lebensweise dar.

Für Brand und Wissen existiert ein enger Zusammenhang zwischen Automobilität und Subjektivität, die durch „Klassen- und Geschlechterverhältnisse geformt werden“. Die Autoren sprechen davon, dass sich eine „automobile Subjektivität des neoliberalen Kapitalismus“ herausgebildet habe. „Die Polarisierung zwischen Sicherheit und Unsicherheit sowie zwischen Überlegenheit und Subalternität, wie sie mit dem SUV auf den Straßen verschärft wird, korrespondiert mit einer zunehmenden sozialen Polarisierung sowie mit der neoliberalen Diffusion marktförmiger und konkurrenzmechanischer Mechanismen in alle gesellschaftlichen Bereiche.“ (129)

Die von den Autoren angesprochenen Geschlechterverhältnisse lassen sich, so kann man den Gedanken fortführen, bei jeder nationalen wie internationalen Automobilmesse beobachten: Sexistische Symbole und Männlichkeitsbezüge auf technische Kompetenz und Geschwindigkeit – und das allerdings nicht nur bei SUVs.

Und die gesellschaftliche Alternative?

Nach dem Gesagten wird klar, dass eine Politik unter kapitalistischen Bedingungen im Widerspruch zu einer grundlegenden Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft steht. Deshalb scheidet auch ein grüner Kapitalismus, der lediglich Produktion und Konsum ökologisch modernisieren will, für sie aus. Es geht ihnen um eine grundlegende Transformation. Auch wenn vom Staat keine Lösung der „multiplen Krise“ (ökonomisch, ökologisch, sozial und politisch) zu erwarten ist, da er ja Teil des Problems ist und die „imperiale Lebensweise“ institutionell absichert – was dann?

Brand und Wissen verweisen darauf, dass es um eine solidarisch-kooperative Lebensweise gehe, eine Gegenhegemonie gegen die „imperiale Lebensweise“. Dazu bedürfe es Aufklärung über und die Einsicht in die eigenen Privilegien, die auf Ausbeutung und Zerstörung beruhten, national wie international.

Es gehe aber auch um Bündnisse, mit denen eine umfassende Demokratisierung

der Gesellschaft wie ein institutioneller Umbau des Staates in Angriff genommen werden sollte. Eine solidarische Lebensweise müsse für viele Menschen erfahrbar und attraktiv sein. „Es werden tendenziell gesellschaftliche Mitte-unten-Bündnisse sein, die ein solches Projekt tragen. Es wäre aber zu wünschen, dass verstärkt auch dissidente progressive Eliten den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln.“ (183)

Die Autoren beziehen sich auf Arbeitskämpfe im „globalen Norden“ wie „globalen Süden“, auf das widerständige Handeln von indigenen Gruppen und die Kritik durch Feministinnen, auf die Forderung einer Demokratisierung und Selbstverwaltung der Sorgearbeit (care-Bereich), auf eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine soziale Infrastruktur und auf die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel. (Vgl. 179)

Dabei stellt sich jedoch m.E. die Frage, ob sich in einer Zeit der „multiplen Krise“ emanzipatorische Bewegungen hegemonial durchsetzen können? Natürlich ein wünschenswertes Ziel, es bleiben jedoch Zweifel. Zurückliegende wie aktuelle Erfahrungen zeigen häufig gegenteilige Wirkungen, wie etwa die Renaissance autoritärer Strukturen, Nationalismus und Rassismus. Es ist die alte Frage, die die Linke umtreibt: Warum protestieren Menschen gegen Flüchtlinge und Marginalisierte und nicht gegen kapitalistische Ausbeutung? Dass neben dem Nationalismus die „imperiale Lebensweise“ dabei eine Rolle spielt, indem angestammte Lebensweisen bedroht scheinen, zeigen die Autoren auf. Ulrich Brand und Markus Wissen legen mit ihrem Buch eine ausführliche und fundierte Kritik der „imperialen Lebensweise“ vor, die Analyse eines komplexen Sachverhalts, die für ein breites Publikum formuliert wurde. Auch deshalb ist das Buch, trotz der erwähnten kritischen Hinweise, sehr zu empfehlen.

Wolfgang Kastrup ist Mitarbeiter des DISS.

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte



Helmut Kellershohn | Wolfgang Kastrup (Hg.)



Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte

Edition DISS Band: 38

Münster: Unrast

244 S., 24,00 €

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema ›Kulturkampf von rechts‹ in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natascha Strobl.

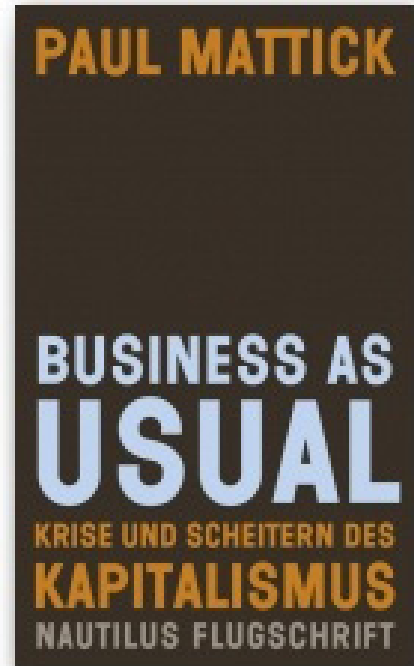
Business As Usual – Krise der kapitalistischen Produktionsweise

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Das Buch von Paul Mattick, *Business As Usual - Krise und Scheitern des Kapitalismus*, Hamburg 2012¹ hat den Anspruch, die Krise des Kapitalismus zwischen 2007/2008 in verständlicher Weise zu analysieren. Paul Mattick Jr., geb. 1944, Sohn von Paul Mattick (1904-1981), lehrt Philosophie an der Adelphi-University in New York.

Schon im Vorwort macht der Autor deutlich, dass die Wirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch des amerikanischen Hypothekenmarktes begann, mit den herkömmlichen d.h. den neoliberalen und keynesianischen Vorstellungen von Marktwirtschaft nicht zu erklären sei, da sie an Glaubwürdigkeit verloren hätten. Stattdessen müsste die Analyse „den Blick auf die langfristige Dynamik des Kapitalismus selbst richten.“ (10)

Wenn im Kapitalismus, um Profit zu erwirtschaften, „der Gesamtwert der produzierten Güter größer sein muss als die Summe aller Löhne“, dann sei die Schlussfolgerung zwangsläufig, dass ein „Ungleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion“ vorliege. (37f.) Um das Verhältnis von Krise und Prosperität zu verstehen, müsse man auf die Erkenntnisse von Marx zurückgreifen. Danach sei im Wesen des Kapitalismus notwendigerweise eine Tendenz zur Krise vorhanden, „die sich in beständig wiederkehrenden Depressionen realisiere und schließlich zum Untergang“ führe. (38) Dadurch unterscheide sich seine Analyse grundlegend von den „üblichen Wirtschaftstheorien“. Nur einigen wenigen bürgerlichen Ökonomen sei es gelungen, das eigentlich Offensichtliche in der kapitalistischen Ökonomie zu erkennen: die Profitabilität. Mattick zuerst englisch: *Business as Usual. The Economic Crisis and the Failure of Capitalism*, London 2011.



Paul Mattick

Business As Usual - Krise und Scheitern des Kapitalismus

Edition Nautilus 2012

160 S. 7,90 €

Mattick verweist hier auf den US Ökonomen Wesley C. Mitchell (1874-1948): „Der Geschäftsgang wird in einer Geldwirtschaft von den gegenwärtigen und voraussichtlichen Gewinnen bestimmt.“ (43)

Für Mattick haben die Krisen mit der Verwertungsdynamik und dem entscheidenden Faktor des Kapitalismus zu tun, maximalen Profit zu erwirtschaften, aber auch bei gesteigerter Arbeitsproduktivität die Produktionskosten zu verringern. Doch wenn Unternehmen immer mehr Geld für Maschinen und Materialien als für die Arbeitskraft aufwenden, der Profit aber durch die Anwendung von Lohnarbeit erfolgt, dann entstehe eine Tendenz zum Rückgang der Profitabilität. Dem stünden allerdings die Reduktion der Arbeits- und

Maschinenkosten und der Kosten für Rohstoffe gegenüber. (Vgl. 61)

Mattick bezieht sich hier auf den tendenziellen Fall der Profitrate von Marx. Diese Analyse sei zwar umstritten, habe Marx aber zur Erklärung des Verhältnisses von Depression und Prosperität geführt, um damit den „inneren Zusammenhang zwischen Konjunkturzyklus, schwankender Profitabilität und der Zentralität des Geldes in der modernen Wirtschaft“ zu bestimmen. (61)

Nach der ungewöhnlich langen Prosperitätsphase von 1950 bis 1973 – weltweit gekennzeichnet mit hohen Wachstumszahlen – seien ab Mitte der 1970er Jahre die Gewinne der Unternehmen eingebrochen. Diese Krise nimmt Mattick zum Ausgangspunkt für seine Analyse der Krise 2007/2008:

„Womit wir heute konfrontiert sind, ist ein weiterer, gravierenderer Ausdruck jener Depression, die sich Mitte der 1970er Jahre ankündigte, aber durch staatliche Wirtschaftspolitik seit über dreißig Jahren in Schach gehalten werden konnte – teils durch ihre Verschiebung in ärmere Weltregionen, vor allem aber durch eine historische beispiellose Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privatpersonen in den reicheren Teilen der Welt.“ (82)

Die 2007 schockartig eintretende Finanzkrise, deren Warnsignale (wie Verschuldungskrisen, Bankenzusammenbrüche, Rezessionen und Börsencrashes) von den herrschenden Ökonomievertretern nicht

erkannt wurden, füge sich nahtlos „in die gesamte Geschichte des Kapitalismus als System ein.“ (Ebd.) Rätsel und Unkenntnis von Krisen entstünden deshalb, weil der zentrale Ansatzpunkt im Kapitalismus, das Profitstreben und die Lohnarbeit als Quelle des Profits, ausgeblendet würden. (Vgl. 107)

Um ein neues System von Produktion und Verteilung zu konstruieren, müssten neue Formen organisierter Praxis gefunden werden, zumal für Mattick die Linke in ihren traditionellen Praxen, wie z.B. Parteien, Gewerkschaften und radikalen Sekten, nicht mehr existiere. Eine erstrebenswerte Zukunft für die Menschheit könne nur jenseits eines Systems liegen, das auf privatem Profitmachen und der Kapitalakkumulation aufbaue. (Vgl. 137)

Matticks Kapitalismuskritik ist fast ausschließlich ökonomisch orientiert und recht stark auf die Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik der USA bezogen. Sie bietet aber einen Fundus an Erkenntnissen über wichtige Entwicklungsprozesse. Sein Verdienst ist es, Wirtschaftskrisen mit ihren gravierenden Begleitumständen nicht als Unfälle oder Äußerlichkeiten zu betrachten, die durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kuriert werden könnten: Man kann sie nicht verhindern, da sie zum Wesenskern des Kapitalismus gehören. Man kann sie nur ‚abfedern‘.

Wolfgang Kastrup ist Mitarbeiter des DISS.

„Matticks Kapitalismuskritik ist fast ausschließlich ökonomisch orientiert und recht stark auf die Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik der USA bezogen. Sie bietet aber einen Fundus an Erkenntnissen über wichtige Entwicklungsprozesse. Sein Verdienst ist es, Wirtschaftskrisen mit ihren gravierenden Begleitumständen nicht als Unfälle oder Äußerlichkeiten zu betrachten, die durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kuriert werden könnten: Man kann sie nicht verhindern, da sie zum Wesenskern des Kapitalismus gehören. Man kann sie nur ‚abfedern‘.“



Helmut Kellershohn

(Hg.)

Die »Deutsche Stimme der Jungen Freiheit«

Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23

330 Seiten, 28 Euro

Die »Junge Freiheit« steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die »Dekadenz« verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine »konservative Basisbewegung« und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die »Deutsche Stimme«, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer »Fundamentalopposition von Rechts«, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das »System« stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /

Helmut Kellershohn /

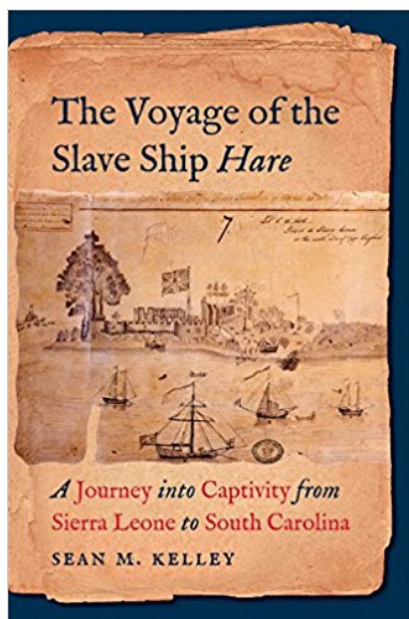
Martin Dietzsch (Hg.)

Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.

Edition DISS Bd. 28,

288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.



Sklavenhandel: Eine Fallstudie

Sean M. Kelley, *The Voyage of the Slave Ship Hare: A Journey into Captivity from Sierra Leone to South Carolina*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2016. 304 pp. \$30.00 (cloth), ISBN 978-1-4696-2768-7

Sean M. Kelley (Universität Essex) hat mit *The Voyage of the Slave Ship Hare: A Journey into Captivity from Sierra Leone to South Carolina*¹ eine Fallstudie versucht, die stofflich zwar mikro-historisch vorgeht. Mit Blick auf die Akteure, die Institutionen und die versklavten Bevölkerungen handelt es sich jedoch zugleich um eine Makro-Geschichte des Sklavenhandels zwischen dem amerikanischen und dem afrikanischen Kontinent zwischen dem 16ten und 19ten Jahrhundert geliefert.

Kelley zeigt das Räderwerk, in dem Mitte des 18ten Jahrhunderts unzählige einzelne Akteure aus unterschiedlichsten sozio-ökonomischen und geographischen Kontexten heraus zusammenwirkten, etwa zwischen Rhode Island, Sierra Leone, Barbados und South Carolina.

Kelley konnte Borddokumente, Soldlisten

¹ Ich referiere hier die wichtigsten Aspekte der Rezension von D. Andrew Johnson (Rice University, Houston, History Department), einsehbar unter <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46966>.

der Crew und Briefe des Kapitäns auswerten, ebenso Listen von Sklavenverkäufern an der nördlichen Küste von Guinea, aber auch - anhand der Unterlagen des Sklavenhändlers Gabriel Manigault - von den amerikanischen Käufern.

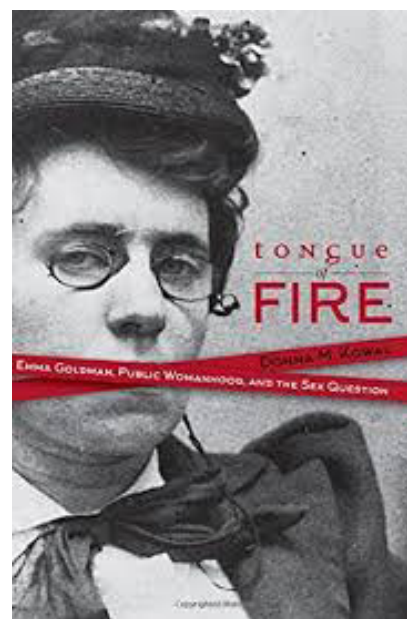
Auch wenn die Namen der 72 westafrikanischen Opfer auf der *Hare*, deren Geschichte aufarbeitet wird, unbekannt bleiben, gelingt es Kelley, eine genaue Chronologie der Tragödie zu rekonstruieren. Sie beginnt bei den kaufmännischen Planungen der Schiffseigner in Newport, Rhode Island, und geht dann über zu ihren taktischen Überlegungen. So lud die *Hare* in Rhode Island destillierten Rum als Zahlungsmittel zum Kauf der Gefangenen in Sierra Leone.

Dort angekommen, traf man auf eine stetig wachsende Anzahl indigener und britisch-europäischer Sklavenhändler, wobei letztere mit den besseren Tauschwaren aufwarten konnten als die amerikanischen Kapitäne. Besonders makaber - der geladene Rum führte angesichts der mehrheitlich muslimischen Struktur von Sierra Leone kaum zum Erfolg, so dass der Kapitän der *Hare* 24 unterschiedliche Händler kontaktierte, um 72 Gefangene zu kaufen.

Da die indigenen muslimischen Händler ihrerseits versuchten, möglichst nicht-muslimische Gefangene zu verkaufen, fanden sich auf den Schiffen Menschen mit unterschiedlichsten kulturellen und sprachlichen Voraussetzungen deportiert. Deshalb interessiert sich Kelley im Schlussteil der Arbeit für die kulturellen Prozesse innerhalb der Gemeinschaft der nach Amerika Deportierten (slave ethnogenesis). Diese Prozesse scheinen sich dort zuallererst über sprachliche Anpassungen vollzogen zu haben. So etablierte sich unter ihnen zunächst - wie an der westafrikanischen Küste auch - ein an den Mande-Sprachen orientierter Sprachcode (Mandingization), zu dem später Elemente anderer afrikanischer Sprachen hinzukamen. Die Bedeutung einer früheren ethnischen Identität trat so zurück. Kelley betrachtet damit den Prozess einer gemeinsamen Identitätsfindung aus der Perspektive der Deportierten und unterstreicht so ihre außergewöhnliche kulturelle Kraft. Aus dieser Perspektive

drängt sich das ganze Ausmaß des weißen Rassismus und des Sarkasmus der weißen Geschichtsschreibung auf, die nicht nur über die Deportation der Betroffenen zur Tagesordnung übergangen, sondern auch noch ihre ‚Vermischung‘ als dekadent verachteten.

Jobst Paul



Feministischer Anarchismus

Donna M. Kowal, *Tongue of Fire: Emma Goldman, Public Womanhood, and the Sex Question*. Albany: State University of New York Press, 2016. 222 pp. \$75.00 (cloth), ISBN 978-1-4384-5973-8

Emma Goldmans (1869-1940) Leben und Werk ist seit langem ein Anlass für lebhaft Debatten. Sie wuchs als Kind jüdischer Eltern im litauischen Kowno auf, ging in Königsberg zur Schule und zog mit 13 Jahren mit ihrer Familie nach Sankt Petersburg. Als Fabrikarbeiterin rezipierte sie dort anarchistische Literatur und emigrierte mit 17 nach New York, wo sie sich der anarchistischen und der Arbeiterbewegung anschloss.

Dennoch ist Donna M. Kowal's *Tongue of Fire: Emma Goldman, Public Womanhood, and the Sex Question*¹ nicht bio-

¹ Ich stütze mich hier auf die Rezension von Einav Rabinovitch-Fox (Case Western Reserve University), einsehbar unter <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46966>.

graphisch, sondern sprachanalytisch ausgerichtet. Im Zentrum steht zunächst die Frage, mit welchen inhaltlichen Positionen und mit welchen diskursiven Mitteln sich Goldman zu Beginn des 20. Jahrhunderts als feministische Philosophin im soziopolitischen Diskurs über Sex und den Körper von Frauen positionierte und welche Machteffekte sie auslöste.

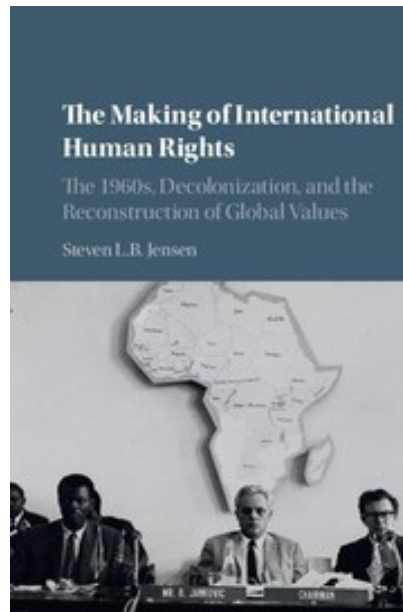
Dazu untersucht Kowal zunächst Goldman's Dissens mit anderen Anarchistinnen, ihre Argumente zur sexuellen Selbstbestimmung und ihre Kritik an der Repression durch Kapitalismus wie durch Ehe und Mutterschaft. Goldman selbst bestimmt Sexualität als emanzipative Kraft, nicht zuletzt gegen die Ausbeutung von Frauen in der Arbeit, in Ehe und Prostitution. Entsprechend verwirft sie das Klichee der Frau als Opfer und fordert Frauen zu sexuellem Bewusstsein und zu sexueller Kompetenz auf. Indem sie Sexualität nicht als biologische, sondern als soziale Kategorie bestimmt, hebt sie auch das Wertgefälle zwischen hetero- und homosexuellen Beziehungen auf.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit Kowals liegt im Bereich der medialen und rhetorischen und darin politischen Kompetenz Goldmans. So wendet diese sich mit ihrer eigenen Person und ihrem sozialen Profil frontal an die Medien ihrer Zeit und fordert damit deren ‚mediale‘, u.a. sexistische Reaktionen heraus. Man zeichnet sie als gefährliche, zügellose Rednerin, Anarchistin und Verführerin und/oder als feminine, hässliche oder schöne, vor allem aber gefährliche Frau.

Kowal untersucht insbesondere Goldmans Rhetorik, ihren autoritativen Rededuktus, den ihre überwiegend männlichen Gegner eher für sich reklamiert haben würden: Sie greift zu Deduktionen, Analogien, Metaphern und Autoritäten. Ob und inwieweit Goldman sprachlich, ethisch und inhaltlich auf jüdische Traditionen zurückgreift, bleibt strittig. Da sich Kowal auf Goldman beschränkt, kommen viele andere feministische Anarchistinnen in ihrem Umfeld nicht in den Blick, darunter Margaret Sanger, Crystal Eastman, Rose Schneiderman und Elizabeth Gurley Flynn.

Jobst Paul

org/reviews/showrev.php?id=46998.



Sind die Menschenrechte eurozentrisch?

Steven Jensen. *The Making of International Human Rights: The 1960s, Decolonization, and the Reconstruction of Global Values*. Cambridge: Cambridge University Press, 2016. 334 S. \$99.99 (cloth), ISBN 978-1-107-11216-2.

Zweifellos beginnt die moderne Geschichte der Menschenrechte – als Reaktion auf die Erfahrung der deutschen Nazi-Diktatur und des 2. Weltkriegs – mit der Universal Declaration of Human Rights vom 10. Dezember 1948. Als weitere Station gilt die Gründung ziviler Menschenrechtsorganisationen in den 1970er Jahren (Amnesty International erhielt 1977 den Friedensnobelpreis), aber auch der Helsinki-Vertrag (OSZE) von 1975.

Die Entwicklung wird allerdings oft als westliche, oder sogar eurozentrische Erfolgsgeschichte gesehen – oder als doppelbödige Erzählung der Kolonisatoren kritisiert. Dieses Bild ist zumindest unvollständig, so das Argument von Steven Jensen in seinem *The Making of International Human Rights: The 1960s, Decolonization, and the Reconstruction of Global Values*.¹ Ausgeblendet werden nämlich

1 Ich stütze mich auf die Rezension von Samantha Christiansen (Marywood University), einsehbar unter <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=46770>.

Klaus Holz / Heiko Kauffmann und Jobst Paul (Hg.)

Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)

Die Verneinung des Judentums

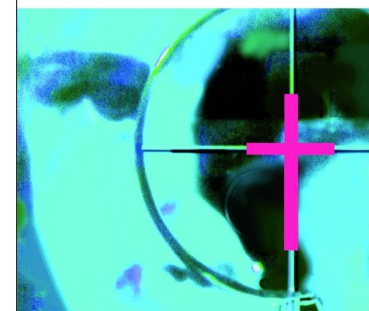
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.

Regina Wamper

Das Kreuz mit der Nation

Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit



Regina Wamper

Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit

Edition DISS Band 18

208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

dabei die für die weitere Entwicklung entscheidenden diplomatischen Vorstöße in den 60er Jahren von Vertretern des Südens im Kontext der UN, die den Helsinki-Friedensprozess erst möglich machten.

Jensen räumt ein, dass die Idee der universellen Menschenrechte unter den Bedingungen des Kolonialismus keine historische Chance gehabt hätte. Erst der Prozess der De-Kolonisation schuf dafür zumindest formal eine Plattform: Während westliche Staaten erfolglos versuchten, z.B. mit der Debatte um die Berliner Mauer weiterhin in den gewohnten Bahnen zu argumentieren, nutzten Vertreter des Südens, wie der guineische Präsident Sekou Toure, die neue Plattform unmittelbar in den frühen 60er Jahren, um die Themen Kolonialismus, Rasse und Religion auf die UN-Agenda zu setzen.

Dies bedeutete für viele der neuen UN-Mitglieder, eigentlich eine neue UN-Charta auszuarbeiten. Jensen stellt nicht nur wichtige Akteure aus Ghana, Nigeria, Liberia und von den Philippinen vor, die in einer entscheidenden Phase den Diskurs bestimmten. Er zeichnet auch akri-

bisch die Konfrontations- und Verhandlungsprozesse nach, in denen z.B. über die Stichworte Rasse und Religion insbesondere die Großmächte und ihre Innenpolitik in die Enge getrieben wurden.

So hatten vor allem drei Dokumente, The International Convention on Elimination of All Forms of Racial Discrimination von 1965, The Covenant on Civil and Political Rights von 1966 und The Covenant on Economic, Social and Cultural Rights von 1966 unmittelbare Wirkung auf den Bürgerrechtsprozess in den USA.

Demgegenüber traf die Convention on Elimination of All Forms of Religious Intolerance vor allem die restriktive Religionspolitik der Sowjetunion. Tonangebend waren hier Vertreter von Liberia, Pakistan, Sri Lanka, Venezuela – und Saudi Arabien. Doch die Sowjetunion verhärtete und sträubte sich bis 1967 gegen eine Debatte. Schließlich erklärte sie die Konvention anlässlich des israelischen 6-Tage-Krieg im Juni 1967 für nichtig und tatsächlich verschwand sie im November 1967 von der UN-Tagesordnung.

Hier zeigten sich zwar die Grenzen der

neuen Dynamik aus den Ländern des Südens. Aber schon 1968 erhielt der Prozess neue Dynamik – völlig gegen die Zeichen der Zeit verabschiedete die International UN-Konferenz in Teheran die Human Rights Convention on Elimination of All Forms of Racial Discrimination. Jensen beschreibt diesen Akt als grundlegende Weichenstellung zur zivilgesellschaftlichen Übernahme des Menschenrechtsgedankens durch NGOs in den 70er Jahren, aber auch zum gleichzeitigen Helsinki-Prozess.

Für seine Arbeit hat Jensen nicht nur die bestehende Forschungsliteratur, sondern auch zehn nationale Archive ausgewertet. Das Resümee ist, dass die These von der Eurozentrik der Menschenrechtsdebatte seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts nicht mehr trägt. Indem Diplomaten des Südens die Thematik der Menschenrechte gegen die Großmächte richteten, formten sie sie mit.

Jobst Paul

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)



NEUERSCHEINUNG

Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa

Edition DISS Bd. 40; Münster: Unrast

220 S., 24 Euro

In verschiedenen Ländern Europas kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rechtsruck. Nicht nur bei Wahlen gewannen extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zuspruch, sondern auch in Form ihrer Präsenz ›auf der Straße‹. Diese Entwicklungen spielen sich vor allem ab, vor dem Hintergrund verstärkter Fluchtbewegungen nach Europa, der damit zusammenhängenden administrativen Krise sowie im Kontext islamistischer Anschläge wie in Paris und Brüssel. Ein weiterer Kontext dieses europäischen Rechtsrucks ist zweifellos eine global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die er letztlich weitertreibt. Breite Widerstände in Europa blieben bisher weitgehend aus.

Mit Beiträgen von Graeme Atkinson, Stacey Blatt, Sebastian Chwala, Martin Dietzsch Tino Heim, Cordelia Heß, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Roisin Ludwig, Johannes Richte und Lara Schultz.

In Memoriam Helmut Kohl

„...man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen...“

Wie Helmut Kohl vor über 30 Jahren mit einem ‚Goebbels-Gorbatschow-Vergleich‘ (die falsche) Weltgeschichte machte.

Von Jobst Paul

Die Vorgeschichte

Es war Ende 1986. Ich erreichte Andrew Nagorski, Chef des Bonner Büros von NEWSWEEK, am Telefon. Er hatte gerade einiges hinter sich. Gemeinsam mit dem NEWSWEEK-Herausgeber Maynard Parker hatte er wenige Wochen zuvor den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl interviewt, aber es war ihm nicht gelungen, die eineinhalb Stunden, in denen Kohl doziert hatte, auf einer Druckseite unterzubringen: Es waren zwei Druckseiten geworden. Keine einfache Entscheidung, was gedruckt werden sollte.

Im Herbst 1986 hatte die Kohl'sche Rhetorik schon einiges Denkwürdige hervorgebracht: Die Gnade seiner „späten Geburt“[1] war dem Kanzler schon gekommen, Bitburg[2] und sein Hinweis auf ‚Konzentrationslager‘ in der DDR lasteten über dem Land[3], sekundierte von Heiner Geißlers Pazifisten-Denunziation[4]. Und - die sogenannte Historiker-Debatte wuchs sich gerade zum „Schwelbrand“ aus.[5]

Kurz vor dem NEWSWEEK-Interview hatten sich in Reykjavik US-Präsident Reagan und der sowjetische Regierungschef Gorbatschow getroffen und dabei weitreichende Absichtserklärungen zur Abrüstung abgegeben. Und da Kohl (der gerade eine Abkehr von der Entspannungspolitik betrieb[6]) kurz darauf Reagan besuchen würde, war seine Meinung als Nachfolger Helmut Schmidts – und erstmals bei NEWSWEEK überhaupt – gefragt.

Im Interview-Zuschnitt, der in

NEWSWEEK am 27. Oktober 1986 erschien, konnte Reagan – verstreut im Kohl'schen Sammelsurium großer historischer Abrisse – daher schon einmal nachlesen, was Kohl ihm bald selbst sagen würde: „Ich werde ihm sagen, er soll seine Berater anweisen ...“ (das und jenes zu tun) – „Und ich werde ihm sagen: Ron, sei geduldig. Lass dich nicht drängen. Deine Position ist gut.“[7]

Doch Kohl kam Reagan zuvor: In NEWSWEEK verglich er – zumindest dem Anschein nach – Gorbatschow mit Goebbels, was eine neue Eiszeit zur UdSSR einleitete und den Abrüstungsdialog zwei wertvolle Jahre über zum Stillstand brachte.

Wie kam es dazu?

Das Missverhältnis zwischen Kohls Tonband-Suada und dem knappen Zeilenbudget von NEWSWEEK führte (bis auf eine Ausnahme) zu vielen Pünktchen im gedruckten Text: Natürlich hatte Nagorski, der Bonner Chef des Blatts, gekürzt. Allerdings ging die englische Textfassung auch an Regierungssprecher Ost und an den beim Interview anwesenden Chef-Dolmetscher der deutschen Regierung. Und da diese beiden, bis auf kleine redaktionelle Änderungen, den Text akzeptierten, konnte die Fassung als offizielles Dokument gelten.

Als die Ausgabe dann erschien, überstürzten sich die Beschuldigungen. Regierungssprecher Ost geriet unter Druck und warf daraufhin seinerseits NEWSWEEK eine

«Fälschung» vor. Auch Kohl sprach von Fälschung, oder von missverständlicher Zitierung, oder der falschen Kürzung. Hatte er sich also auf Deutsch völlig unmissverständlich ausgedrückt und keinerlei Anlass für die Unterstellung gegeben, er habe Gorbatschow mit Goebbels verglichen?

Was dann geschah, kam einer Sensation gleich. NEWSWEEK brach das Gesetz der journalistischen Diskretion und spielte das Originalband der betreffenden Passage in Bonn der versammelten Weltpresse vor. Was muss in der amerikanischen Zentralredaktion vorgegangen sein, bevor man sich zu diesem Schritt entschloss, noch dazu wegen einer Sache in Deutschland, einem Land, das im Blatt bis dahin ohnehin nur am Rand vorkam? Der Zorn muss groß gewesen sein.

Immerhin konnte nun besichtigt werden, was Kohl auf Deutsch gesagt hatte und was Regierungssprecher Ost und der Dolmetscher in der Druckfassung ergänzt hatten. Ins Auge fallen musste nun allerdings auch, was Nagorski gekürzt hatte: Die Goebbels-Nennung musste ja auch ihm recht spektakulär vorgekommen sein. Warum strich er dann aber gerade dort bestimmte Zwischenteile – ohne dies zu markieren? Doch all diese Fragen spielten seltsamer Weise keine Rolle, als die Weltpresse und die Bonner Presse den vollen Wortlaut der inkriminierten Passage vernommen hatten.

Vielmehr geschah ein weiteres Wunder: Der volle Wortlaut der Passage spielte im nächsten Moment und fortan keine Rol-

le mehr. Aus der Langfassung vom Band wurde in der nachfolgenden Berichterstattung wieder die aus NEWSWEEK vertraute Kurzfassung. Man hielt Kohl nach wie vor die beiden Sätze vor: « ... der versteht was von PR. Goebbels verstand auch was von PR ...» Die Deutsche Presse-Agentur erbarmte sich lediglich, ihren Abonnenten noch den schwerwiegenden Kohl-Satz «Man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen» als Beigabe zu übermitteln, womit man einfach einmal unterstellte, Kohl habe damit den Goebbels-Gorbatschow-Vergleich noch hervorheben wollen. Mit dieser inhaltlichen Festlegung gab die gesamte deutsche Tagespresse fortan das Kohlsche NEWSWEEK-Diktum an ihre Leser weiter – und in dieser Fassung ist es bis heute geläufig.[8]

Auch die SPD-Opposition im Deutschen Bundestag mochte lieber nicht weiter fragen und entsorgte das Problem mit dem

Stichwort „Stammtisch“. Für sie blieb es beim „Goebbels-Gorbatschow“-Vergleich. Erhard Eppler machte vom fernen Dornstetten im Schwarzwald aus dafür sogar die „Totalitarismus-Theorie“ Kohls verantwortlich, „in der Kohl aufgewachsen ist“, wonach „NS“ und „Bolschewismus“ das gleiche seien. Nur fand sich davon im bekannt gewordenen Volltext überhaupt nichts – Kohl hatte darin Gorbatschow ja keineswegs angeklagt oder verurteilt, im Gegenteil ...

Am Telefon wirkte Andrew Nagorski zunächst bedrückt. Er räumte ein, dass ihn bis dato noch niemand direkt kontaktiert hatte. Kein deutscher Journalist hatte sich die Mühe gemacht, ein Transkript des veröffentlichten Mitschnitts zu veröffentlichen. Umso gelöster reagierte er auf meine direkten Fragen, verwies aber statt konkreter Antworten auf eine genaue Lektüre des Mitschnitts – innerhalb weniger

Tage befand sich die Kassette in meinem Briefkasten ...

Andrew Nagorski verließ im Herbst 1988 die Bonner NEWSWEEK-Redaktion und übernahm eine Leitungsfunktion beim Carnegie Endowment for International Peace in Washington. Von 1990 bis 1996 betreute er die NEWSWEEK-Büros in Warschau, danach in Moskau. Seit Juli 1996 war er NEWSWEEK-Bürochef in Berlin. Im Dezember 1999 kehrte der Journalist ins New Yorker Büro von NEWSWEEK zurück.[9] Dorthin schickte ich das Original-Manuskript meiner Textanalyse zu Kenntnisnahme und Kommentar. Andrew Nagorski und NEWSWEEK erhoben keinen Widerspruch gegen das Manuskript oder gegen die Veröffentlichung des Tonbandmitschnitts und fügten keinen Kommentar hinzu.[10]

II. Die Fassungen:

a) Der Tonband-Mitschnitt (Transkript Dezember 1986: Jobst Paul)

Kohl

“Kadar oder Deng Xiaoping, und irgendwo dazwischen muss er jonglieren. Und weil dies so ist, wird er ,ne Bewegung machen, glaube ich. Also, ich bin kein Narr. Ich halte ihn nicht für einen Liberalen. Es gibt genug Narren in der westlichen Welt unter Journalisten und Politikern. Die sagen, die Frau Gorbatschow, das’s eine attraktive Frau. Und sie geht nach Paris und kauft ein schönes Kostüm. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war ... eh ..., der war nie in ... eh ... in Kalifornien, nie in Hollywood, aber versteht was von PR. Der Goebbels verstand auch was von PR. Aber (lacht) man muss doch . . . man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen.”

Dolmetscher

“And the other approach is that of Kadar, Deng Xiaoping, and I think, somewhere in between he will have to find his place. And since this is the situation with which he is confronted I think he will move in a way. Well, I’m not a fool. I do not consider him to be a liberal. There is a sufficient number of fools in the Western world among politicians and journalists. They say, Mrs Gorbatschow, that’s a very attractive lady, shopping in Paris and all ... eh ... dresses and so on. That’s got nothing to do with it. This is a modern communist leader. Never been to California ... eh ... never in Hollywood, never in California, but he understands something about PR. Goebbels was an expert of public relations.”

b) Druckfassung, in Newsweek erschienen am 27. Oktober 1986

Hervorgehoben sind die erläuternden Zusätze der NEWSWEEK-Redaktion (in Klammern), ein eingeschobener, erläuternder Satz von Regierungssprecher Ost („one of those responsible for the crimes of the Hitler era“) und ein stilistischer Zusatz des Übersetzers („The other approach is that of ...“):

“The other approach is that of [Janos] Kadar [of Hungary] or Deng Xiaoping. I'm not a fool: I don't consider him to be a liberal. He is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.”

c) In der gesamten deutschen Tagespresse erschienene Agenturfassung:

„... Der ... versteht was von PR. Goebbels verstand auch was von PR. Man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen.“

Schwarz-Weiß-Kopie des Covers der europäischen NEWSWEEK-Ausgabe vom 27. Oktober 1986. Im Internet finden sich offenbar keine Bild-Dateien des Covers oder des Artikels.



Kohl to Reagan: 'Ron, Be Patient'

In Washington this week, West German Chancellor Helmut Kohl will discuss the Reykjavik fallout with President Reagan. Kohl faces national elections in January, and his staunchly pro-American views on defense issues are under attack from the opposition Social Democrats. Last week in Bonn, Kohl was interviewed by Newsweek's Editor Maynard Parker and Bonn bureau chief Andreu Nagorski. Excerpts:

NEWSWEEK: Do you think the summit was a disaster for East-West relations?
KOHL: I don't understand the term "disaster" at all. It was anything but a failure. Expectations were raised to a level beyond what could reasonably be expected to be achieved... Nobody could expect a treaty to be concluded in those few hours available to Reagan and Gorbachev in Reykjavik. And nobody should overlook the fact that over the last two years things have started moving... We have proposals on the table today that a year ago would have been absolutely inconceivable. [This will] also have an effect on multilateral negotiations: chemical weapons, [Mutual and Balanced Force Reduction, and the Conference on Security and Cooperation in Europe].

Do you agree with Reagan's decision to hang tough on SDI?
Yes, we have had excellent consultations with our American friends, which continued during the Reykjavik conference... There is a second interesting element and this is new: the Soviets gave us extensive information. They didn't do that a year ago. And that shows that the psychological conditions and the atmosphere have changed since then.

Instead of walking out, why did Reagan not suggest appointing a working group to negotiate these proposals over the next few months?
I'm not able to answer that question because I wasn't present in Reykjavik. But de facto that is exactly the course of developments. Perhaps one could have worded it in a different way, but what matters is that both sides say that things will go on. And the Soviets are making very great efforts to convince us, too, of their willingness to continue negotiating. Important people from the

Warsaw Pact, outside the Soviet Union, have been saying to me personally: "Please help us to make sure that it will go on."

One of the things that came out of the talks in Iceland seems to be a linking of the "zero option" on intermediate nuclear forces to SDI. Now that they have been linked, how can they be de-linked?
This is under negotiation. Eight weeks ago it did not look as if it were one package.

So this is a step back?
No, I don't think so. It's just a game of poker. And when you think of other international negotiations in the past, it was always like that. Reykjavik was just a way station. And that means there are more stations to come... In Moscow, you had one school of thinking that said: "Let's wait until after Reagan is gone and we have a new president." And I kept telling people from the Soviet Union that this is a foolish idea and that you should negotiate with this current president for two reasons: first, if you wait for the next president, you'll have to wait until 1990. Secondly, I told them that they should negotiate with a strong president. Whether you like the

president or not, he has a strong position in the United States. He is seen by Americans as a man who will not just give away American interests. And that's very important.

Do you share President Reagan's view of SDI as a utopian peace shield, or is it a bargaining chip?
I will not participate in that public discussion. I would consider it wrong if I did. I understand and support the American position as far as SDI is concerned, and now let them negotiate. Why should we put our cards on the table? What we need now is patience. You know, we Germans have some experience with conferences of this kind, where top people meet and think that they now would have to decide on the fate of nations. We remember recent history: Tchernobyl, Yalta, and in 1938 Munich—Chamberlain, Daladier. The twelve hours that decided the fate of the world. We experienced the consequences.

But after Reykjavik won't anti-SDI sentiments grow in Europe?
This is nonsense. Look at [West Germany's] Social Democrats. They started clamoring on Sunday, at a time when they didn't know yet what had happened in Reykjavik. And now they are pulling back. The socialists are in a very difficult position for the elections. Now they had hoped that they would get some help from Reykjavik. So they will saddle that SDI horse once again. Well, let them ride on that horse. That doesn't bother me at all.

What advice will you give Reagan when he sees him this week?
I will tell him that he should by no means allow Reykjavik to be transformed into a setback. I'll tell him that he should give orders to his staff that all the proposals on the table should be analyzed, that the allies should be consulted, that negotiations should go on in Geneva and perhaps on other levels. I will tell him that the ABM treaty should be preserved... it is a good framework within which things can develop. And I'll tell him: "Ron, be patient. Don't allow yourself to be pushed. You're in a good position."

Patience is not an American trait. I wouldn't say this is an American problem but a prob-

'The Reykjavik summit was anything but a failure'

NEWSWEEK/OCTOBER 27, 1986

Freedom cannot be had for nothing: A U.S. Pershing missile in Heilbronn, West Germany

lem of a world power. The big powers have never been world champions in psychology and patience. German history offers an example of that.

Why do you think Reagan holds the ace?
A good many of them, not all. Just look at the world. The alliance is united as it has rarely been before. The most important governments in Europe are in agreement... Think of what the situation was like at the end of the Carter administration [or] in Europe in 1983. The Soviets felt that they could storm the country. If you had told the Soviets in 1983 that we are going to deploy [INF], that we are going to extend the draft, and that we will win the elections, they wouldn't have believed it. Nor would anybody have believed it in the United States.

Another element is the development of the Soviet Union. In military terms, they are a world power, but in economic terms they are not. They have to do something about this. Time is in our favor.

Do you feel that Gorbachev's goal now is to reach an arms agreement or to divide the allies?
Both. Soviet policies are a continuation of a Russian policy going all the way back to [a desire] to exercise a decisive influence on developments in Europe. Then there was a second consideration: they have no natural frontier, and since Peter the Great they have always had this tendency to establish some kind of forward line. Now this frontier has been moved far to the west. It's going through the heart of Germany. Six tank-ways away from this table, we have the first Soviet tank division. They will always try to keep that position. And they will also come with their campaign of disorientation, using spies and money to influence groups in other countries. Such groups are used as useful idiots, [but] you have to live with it.

There is no alternative to negotiations, [but] freedom cannot be had for nothing. I have asked our citizens to make all the necessary sacrifices. The defense burden consists not only of money. There is no place in the world with a higher number of weapons and soldiers. Where I come from there are three NATO air corridors. Two or three times a month, you have all these exercises with low-flying aircraft, when you see the tearful trembling as they fly over your house. People are not happy about this, but we put up with it. We want to climb down from this arms pile, but not at any price.

How do you judge Gorbachev and his intentions?
Nobody expected anything to come from old Brezhnev, and they didn't expect Andropov to achieve anything when they found out that he was a sick man. Chernenko was just an interim pope. For 10 years the situation was just static. Now you have someone of my generation. It's important that he's no longer of the war generation. He must produce some results, and there are great expectations linked to him. You may preserve a repressive system, but you can only make an ineffective system more effective if the population joins in this

I am not an American vassal, as I opposition occasionally charges. In particular, I hold opinions in some fields which differ from the Americans'; in M a good many people in Washington were disappointed with me because I took a different position as far as Libya, for example, was concerned. But some people have a different idea. They speak of distance. They say there is an equal distance between Moscow and Bonn as Washington and Bonn. Either these people are foolish, or they are intellectual defectors. The Americans are confused

effort at least a little bit. And then you can try to achieve this with two methods. You can use the whip, which was Stalin's method... The other approach is that of [Janos] Kadar [of Hungary] or Deng Xiaoping, and somewhere in between he will have to find his place. I'm not a fool! I don't consider him to be a liberal. He is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.

You are often criticized here for being too close to the Americans.
This doesn't worry me. You should also speak to the Germans, not only to the people who consider themselves to be self-appointed intellectual lumps. The Americans are our friends. Difficult friends, but friends. And the alliance is not just a military alliance: it is a community of ideas. We are people who share the same ideals: freedom, human rights, civil rights.

with a good many problems, but there is no ruling. The Americans do not march into Afghanistan. And then there is another reason. We helped under the war? In 1946, only voices could be heard in the favor of Germany, the pope, who said that not Germans are collectively guilty, and the Americans, who made an effort to turn yesterday's enemy into friends. I belong to that generation that benefited from Harry Truman, the Quakers and Catholics. 1946 was a terrible year. That Christmas we had more suicides than ever before in German history. When we were the schoolyard in the mornings at 10, trucks came with food for us. Nobody said that. If I keep these memories alive, I'm certainly not an agent of the Americans but an ordinary man. And that's why I'm so eager to strengthen and deepen exchanges between young Germans and young Americans—students, teachers, scientists.

NEWSWEEK/OCTOBER 27, 1986

'Ron, be patient'

Ich sage Ihnen, die Frau Gorbatschow ...'



Margarete Jäger / Regina Wamper (Hg.)
Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung.
 Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016
 Duisburg 2017, 209 Seiten, PDF-Datei

Die Analyse des Mediendiskurses zeigt, dass und wie sich innerhalb weniger Monate das Sagbarkeitsfeld in der Flüchtlingsdebatte in Richtung einer Problematisierung von Flucht verschob. Welche diskursiven Mechanismen dazu beitrugen, und vor allem welches Wissen über Flucht und Geflüchtete, über Asyl und Rassismus transportiert wurde, ist zentraler Gegenstand der Untersuchung.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Diskursiv wurde ein Notstand ausgerufen oder prognostiziert, durch den die Fluchtbewegungen denormalisiert wurden. Die Geflüchteten wurden in ‚legitim‘ und ‚illegitim‘ sortiert und die Ereignisse in die Nähe einer Naturkatastrophe gestellt. All dies eignet sich dazu, Abwehr gegen Flüchtende zu erzeugen und weiteren Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl hinzunehmen. Es evoziert somit Rassismus und trägt zu einem angespannten gesellschaftlichen Klima bei. Aussagen, die früher als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, sind heute mediopolitischen Diskurs sagbar.

Die Studie ist abrufbar unter: <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>

III. Was Kohl – zusammengefasst – mit dem meinte, was er sagte ...

„... war nie in Kalifornien, nie in Hollywood“

Kohl bringt die Kunst, die er später auf Goebbels zurückführen wird, keineswegs primär mit Gorbatschow zusammen. Zu Beginn führt er vielmehr die Größe ‚Kalifornien‘ ein. Kalifornien stand 1986 eigentlich für das Silicon Valley (San Francisco Bay), also für einen technologischen Aufbruch. Erst ‚Kalifornien‘ und ‚Hollywood‘ zusammen ergeben dann den Assoziationszusammenhang ‚Reagan‘, dessen politische Heimat Kalifornien war und der in Hollywood seine Karriere als Schauspieler begann. „in Kalifornien“ / „in Hollywood“ meint also den Ort, wo aus erster Hand - ‚weltweit absolut führend‘ - Kenntnisse, Schulung und praktische Erfahrung in ‚PR‘ vermittelt werden.

Gorbatschow kommt zunächst nur indirekt ins Spiel, wobei Kohl aus seiner Bewunderung und Anerkennung keinen Hehl macht – denn G. „war nie“ dort, hatte nie die Möglichkeit einer entsprechenden Ausbildung, bringt aber alle Energie mit, um es – sozusagen auf dem zweiten Bildungsweg oder ‚the American way‘ – Reagan gleichzutun, oder sogar ihn, den alternen Schauspieler, in PR zu überflügeln. Denn Gorbatschow ist „modern“: Im Gegensatz zu seinen Vorgängern setzt nun auch er (nach Vorbild des Westens) die Mittel der Massenbeeinflussung ein. Er lässt z.B. seine Frau in Paris shoppen (und gewinnt so – vermeintlich – das Interesse der westlichen Boulevardpresse)[11].

„Der Goebbels“

Kohls Goebbels-Nennung war gewiss einer der gewichtigen Faktoren, die zum Skandal führten. Skandalös war freilich nicht, dass Kohl zu gängigen NS-Analogien eine weitere hinzufügte. Atemberaubend war vielmehr, dass er Goebbels‘ verbrecherische Propaganda als ‚PR‘ in den Normbereich (real-)politischen Handelns zurückholte und durch die stilistische Form der Nennung Goebbels‘ zum Ausdruck brachte, dass er der ‚Kunst PR‘ und

ihrem Altmeister ‚neidlose Anerkennung‘ zollte:

Mit dem bestimmten Artikel („Der“) schafft er eine eigenartige Mischung persönlicher Impulse: Eine umgangssprachliche Abwertung verbindet sich mit der Adressierung einer herausragenden ‚Autorität‘ („der Papst“, „der Kant“). Hinzu kommt jedoch zugleich eine umgangssprachlich-unterhaltsame Note. Sie entsteht vor allem durch die Floskel „... verstand auch was von ...“ (im Sinn von: etwas ‚von seinem Handwerk verstehen‘), die als ‚verstand auch schon was‘ interpretierbar ist.

Damit wäre(n) insbesondere auch die Figur des genialen Tresorknackers vereinbar, bzw. Figuren einer Kriminalkomödie, die den Zuschauern Bewunderung abnötigen. Amüsement ist im Spiel (ein kluger Außenseiter gegen die dumme Obrigkeit) oder Schadenfreude, dass der Macht ein Schnippchen geschlagen wurde. In der Tat ist Kohls Amüsement auf Band belegt:

Unmittelbar nachdem er Goebbels assoziativ in die Kategorie des Einer-gegen-alle-Coups, des Zurückschlagens, des Es-ihnen-Zeigens verfrachtet hat, wartet Kohl mit einem lauten gurrenden Lachen auf. Diese, seine große, die Weltgeschichte realpolitisch zusammenfassende Einsicht – dass ‚PR‘, ob nun die von Goebbels oder die aus der Illusionsfabrik Hollywood (Reagans) oder – offenbar – seine eigene, schon immer das gleiche war, unterstreicht Kohl mit der Floskel „... man muss doch ... man muss doch die Dinge auf den Punkt bringen ...“

Kohl führt daher mehr als nur eine Zeitschiene ein. Wenn ‚PR‘ vor Hollywood bereits in Deutschland Konjunktur hatte, dann sitzt mit Kohl nun offenbar ein indigener Fachmann vor den amerikanischen Interviewpartnern. In der Tat hatte Kohl schon am Tag zuvor vor Mitarbeitern Aussagen zu und mit Goebbels getätigt und prahlte kurz, bevor die amerikanischen Gesprächspartner das Tonband anstellten, damit, dass er bei den Wahlen mehr Stimmen erhalten habe als Adolf Hitler.[12]

Die Nennung Goebbels im Interview war also kein Zufall und kein Versehen: Offensichtlich war für Kohl im Oktober 1986 die

‚Normalisierung‘ der NS-Epoche vollends zum politischen Projekt geworden, allerdings nicht nur für den Realpolitiker Kohl, sondern auch für den Historiker und politischen Missionar Kohl. Tatsächlich verrät das Tonband insbesondere an dieser Stelle, mit welcher Insistenz er seine Gegenüber belehren möchte, indem er ihnen ‚Hintergründe‘ und ‚Zusammenhänge‘ (Goebbels – Hollywood – Gorbatschow – Kohl) erläutern und aufdrängen möchte, die sie nicht kennen oder die sie ‚als Amerikaner‘ wohl nicht begreifen können:

Das Mekka der in ‚PR‘ Auszubildenden – so könnte eine Rekonstruktion des Kohl’schen Duktus lauten – mag in Kalifornien/Hollywood liegen, aber die Amerikaner (sprich: Reagan) gehen damit offenbar unkundig um, denn sie drohen, auf die Charme-Offensive Gorbatschows hereinzufallen („Ron, be patient“). Damit gehören auch sie (gewiss zusammen mit allen Friedensbewegten des Jahres 1986 in Deutschland) zu den von Kohl verächtlich genannten „Narren“. Mit ‚Goebbels‘ PR‘ im Rücken empfiehlt er sich daher nicht nur als Fachmann und als ‚väterlichen‘ Mentor Reagans, sondern als ein den anderen Weltführern überlegener Realpolitiker.

Wie sich zeigt, stellte die durch NEWSWEEK veröffentlichte Kurzfassung tatsächlich eine irreführende Verkürzung dar, so dass sich Kohl zurecht auf eine „Fälschung“ herausreden konnte. Tatsächlich hatte er in erster Linie den US-Präsidenten Reagan, und nur indirekt Gorbatschow mit Goebbels zusammengebracht – und dies (auf beide bezogen) nicht einmal in herabsetzender Absicht, sondern anerkennend in einem realpolitischen Talk über Goebbels‘ ‚Handwerk‘. Der NEWSWEEK-Redakteur Nagorski mag sich, als er die entscheidende Passage unterdrückte, der Folgen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen (und für den unmittelbar bevorstehenden Besuch Kohls in den USA) bewusst gewesen sein. Auf alle Fälle verhalf er, indem er einen ‚Goebbels-Gorbatschow-Vergleich‘ lancierte und den Affront von Reagan fernhielt, einer eigentlich falschen Weltgeschichte zum Durchbruch.

Anmerkungen:

- [1] Gemeint war: ‚zu spät‘, um NS-Verbrechen begehen zu können.
- [2] Gemeint ist die Ehrung (gemeinsam mit Ronald Reagan) der Kriegsgräberstätte Bitburg-Kolmeshöhe mit Gräbern von Angehörigen der Waffen-SS.
- [3] Dazu Jürgen Link in der taz vom 8.1.1987: „Die DDR als KZ: Kohl als politischer Symbolist“.
- [4] In seiner Aussage: „Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ Spiegel vom 20.06.1983 („Egal wie“).
- [5] Frankfurter Rundschau vom 27.12.86.
- [6] „CSU verlangt Wende in der Außenpolitik – „Realistische Entspannung“ angekündigt“ – FR vom 5.1.87.
- [7] Das NEWSWEEK Cover vom Oktober 1986 spiegelt noch die Konstellation: „After the Iceland Summit: Where do we go from here? Kohl to Reagan: ‚Ron, be patient‘ „.
- [8] In keinem deutschen Medium wurde der vollständige Text des Tonbandmitschnitts veröffentlicht. Einzelne Print-Medien wie der SPIEGEL [Nr. 46/1986, 10. November 1986: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13520479>] veröffentlichten zwar zusammenhängende Teile, ignorierten aber die offenen Fragen, die sich aufdrängten. Stattdessen schwenkten sie auf die Lesart des Skandals ein, die sich schon vor der Publikation des Tonbands etabliert hatte. Auch in späteren Jahren griffen AutorInnen immer wieder auf Bruchstücke des Original-Transkripts – online oder im Print – zurück, aber stets kommentarlos und ohne inhaltliches Interesse am Text selbst. Vgl. https://www.exmatrikulationsamt.de/index.php?act=Search&CODE=show&searchid=ffecbbe1722d5c3f17ca93b3bc3500a&search_in=posts&result_type=posts&highlight=Gorbatschow (2008); <http://www.spiegel.de/einestages/politiker-entgleisungen-a-946818.html> (2010).

[9] Zu diesem Zeitpunkt kündigte die englische SUN gerade die Verhaftung Kohls wegen seiner Spendenaffäre an (Kohl may be jailed. From Allan Hall in Berlin) und der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) rief seine Partei auf (Frankfurter Rundschau vom 31.12.1999), „sich aus den Denkgebäuden, aus den Verhaltensstrukturen, aus dem Politikverständnis einer zutiefst von Helmut Kohl geprägten Zeit zu lösen“.

[10] Die ausführliche Lang-Fassung der nachfolgenden Analyse erschien online zum Jahreswechsel 1999/2000 unter <http://archive.li/630Sy>, wobei der Tonband-Mitschnitt der umstrittenen Interview-Passage als Audio-Datei hinzugefügt war. Die betreffende Plattform ist jedoch seit geraumer Zeit abgeschaltet und der Zugang zur Hörfassung der Interview-Passage daher verloren.

[11] „Another revelation about Yelstin was that he had criticized Gorbachev’s wife, Raisa, for her extravagant taste in clothes and accused her of requiring payment as deputy chair of the Soviet Cultural Foundation, a body that promoted young artistic talent. This was not the first time that she had been vilified. Raisa played the role of a first lady but was also a political figure in her own right. She accompanied her husband in the Soviet Union and abroad and answered political questions. Both the Gorbachevs favoured a more active political and economic role for women, but many men did not share this view, and criticism of Raisa was an indirect attack on Gorbachev.“ In: Encyclopædia Britannica, Inc., 1988 Britannica Book of the Year [1987], Chicago (...) 1988, p.476/477.

[12] <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13520479.html>.

Interkulturelle Weichspülung

von Jobst Paul

Die baden-württembergischen Pädagogen im Fach Englisch erhalten neuerdings Nachhilfe in sprachlicher Sensibilität. So unterrichtet sie das Landesinstitut für Schulentwicklung in Stuttgart¹ in seinen Online-Materialien z.B. über eine neue Umsetzungsmöglichkeit des Lernziels „Interkulturelles Lernen und Sprachmittlung“. Wie z.B. können SchülerInnen lernen, Angehörigen eines anderen „Kulturkreises“ gegenüber harte, kritische Urteile (über diese Kultur) abzuschwächen, um nicht beleidigend zu wirken?

Als Beispiel eines solchen „Kulturkreises“ haben sich die Unterrichtsplaner die USA herausgesucht, und als Thema, bei dem scharfe Urteile die Angehörigen dieses anderen Kulturkreises verletzen könnten, die internationale Abhörtätigkeit der NSA. Zur Übung in ‚softening‘ sollen die SchülerInnen insbesondere einen engagierten Kommentar von Jakob Augstein² in der folgenden Weise weichspülen:

„a regime“

„an administration“

„... acts criminally...“

„does not act in accordance with the law“

„global bully“

„a feeling that is acting far too dominantly in the world“

“The NSA violates human rights.”

“The author claims that the NSA seems to have a problem with human rights.”

Wo Augstein die NSA-Praxis als „verbrecherisch“ und „totalitär“ bezeichnet, schlagen die Autoren die Fassung vor, „the distinction between good and evil seems to have become blurred“. Das Totalitäre dagegen könne man als „dangerous side-effect“ weichspülen. Eine Illustration zeigt übrigens, wo die baden-württembergische Pädagogik mit ‚softening‘ hinkommen wird.



¹ <http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/sprachen-und-literatur/englisch/unterrichtsmaterialien-nach-kompetenzen/sprachmittlung/icc-medt/index.html> . Den Hinweis verdanke ich Estrid Stoll.

² Besuch des Allmächtigen. Spiegel-Online vom 17.06.2013

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen.

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Telefon / E-Mail: _____

[] Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

[] Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____€.

[] Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

[] Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Kto: _____

bei: _____

BLZ: _____

Bitte einsenden an: DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Datum, Unterschrift: _____